

I Politik, Verwaltung und Gesetzgebung der Zweiten Polnischen Republik

Das Erbe der Imperien

Die Bürgermeister und die kommunale Verwaltung in der Zweiten Polnischen Republik waren sowohl von den aktuellen politischen Entwicklungen als auch dem Erbe der imperialen Zeit geprägt. Das Territorium der Zweiten Republik, die am 11. November 1918 proklamiert wurde, befand sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in drei Imperien: dem Deutschen Kaiserreich, der Habsburger Monarchie und dem Russischen Zarenreich. Das Erbe dieser Imperien prägte die polnische Verwaltung und andere Bereiche des öffentlichen Lebens und schlug sich ebenso in der Mentalität ihrer Bewohner nieder. Es überstand sogar die Volksrepublik Polen und trägt noch heute zur Heterogenität von Kultur und Politik in Polen bei.¹

Polen arbeiteten in allen Verwaltungen der drei Teilungsgebiete, aber eine polnischsprachige und von polnischen Beamten dominierte Kommunal- und Landesverwaltung existierte nur in Galizien. In Kongresspolen wurde die Kommunalverwaltung durch das zaristische Innenministerium in Sankt Petersburg kontrolliert, weshalb dort eine autonome Selbstverwaltung nicht vorhanden war. Dazu führte maßgeblich der Januaraufstand von 1863/64, infolge dessen Zar Alexander II. die Selbstverwaltung in Kongresspolen auflöste bzw. sie einer direkten und strengen Kontrolle des Innenministeriums unterstellte. Die Stadtpräsidenten, Bürgermeister, Magistrate und Beisitzer in Kongresspolen konnten keine eigenständige und autonome Kommunalpolitik führen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich oft darauf, die Direktiven des Landes- und Polizeigouverneurs umzusetzen, die diese vom Innenministerium erhielten. Aufgrund dieser Regelung waren die Kommunalpolitiker in Kongresspolen nicht daran gewöhnt, unabhängig vom administrativen Zentrum zu arbeiten und eigene politische Entscheidungen zu treffen. Des

¹ Heidi Hein-Kircher, Lembergs „polnischen Charakter“ sichern. Kommunalpolitik in einer multiethnischen Stadt der Habsburgermonarchie zwischen 1861/62 und 1914, Stuttgart 2020; Kozińska-Witt, Jüdische Stadtdeputierte; diesel., Stadträte und polnische Presse. Die Fälle Warschau und Krakau 1900–1939. Ein Versuch, in: Andreas R. Hoffmann und Anna Weronika Wendland (Hrsg.), Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallin und Triest, Stuttgart 2002, S. 281–298; Harald Binder, Making and Defending a Polish Town: „Lwów“ (Lemberg), 1848–1914, in: Austrian History Yearbook 34 (2003), S. 57–81.

Weiteren trauten viele Polen dem administrativen Zentrum in Sankt Petersburg und seinen Entsandten in Kongresspolen nicht.²

Der Warschauer Stadtpräsident war kein durch die Stadtbürger gewählter Ortsvorsteher, der in erster Linie die Interessen der lokalen Stadtbevölkerung verträt, sondern ein Beamter des Imperiums und Diener des Zarenreichs. Unter anderem aus diesem Grund schritten die Modernisierung und Urbanisierung in Kongresspolen langsamer voran als in Galizien und Preußen. Da jedoch die aus dem Zarenreich nach Warschau entsandten russischen Beamten lange, in der Regel über eine Dekade, die Stadt verwalteten, wurden aus einigen von ihnen Lokalpatrioten, die wie Sokrates Starynkiewicz (1820–1902) „sich mit der Stadt identifizierten und stolz auf das Erreichte waren“.³

Im Gegensatz zu Kongresspolen spielten die Kommunalverwaltungen in Preußen und der Habsburgermonarchie eine wichtige Rolle. Sie agierten ortsspezifisch, autonom und waren für das Funktionieren der Imperien wichtig, wobei sie in Preußen und der Habsburgermonarchie unterschiedlich ausgerichtet waren. Während in der Donaumonarchie der Ausgleich von 1867 dazu führte, dass die Kommunal- und Landesverwaltung von Polen dominiert wurden und eine spezifische „polnisch-imperiale“ Verwaltung entstand, wurden dieselben Verwaltungsebenen in der Provinz Posen besonders nach 1871 von deutschen Politikern kontrolliert. Dennoch ähnelten sich die Strukturen der Verwaltungen stark. Sowohl in der Provinz Posen als auch in Galizien wurden Bürgermeister und Stadträte durch steuerzahlende Bürger nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt.⁴

Neben Polen arbeiteten in der galizischen Verwaltung auch Juden und Ukrainer, aber sie wurden – ähnlich wie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens – in der Kommunalverwaltung umfassend diskriminiert. In Lemberg, der Hauptstadt von Galizien, durften seit 1870 nicht mehr als 20 Prozent der Stadtabgeordneten Juden sein, obwohl Lemberg zu über 30 Prozent von Juden bewohnt war.⁵ Der Bürgermeister von Lemberg musste christlicher Konfession sein, was die Wahl ei-

² Malte Rolf, *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915)*, Berlin 2015, S. 184, 190, 197–200; Wojciech Wytrązek, *Samorząd terytorialny w XX wieku w Polsce*, Lublin 2009, S. 26; Konrad Zieliński, *Żydzi w wyborach do organów samorządu miejskiego w Królestwie Polskim (do 1918 roku)*, in: Małgorzata Przeniosło (Hrsg.), *Z dziejów samorządu terytorialnego w XIX i XX wieku*, Kielce 2013, S. 65–81.

³ Rolf, *Imperiale Herrschaft im Weichselland*, S. 200.

⁴ Hein-Kircher, *Lembergs „polnischen Charakter“ sichern*, S. 68–73; Lech Trzeciakowski, *Polen und Deutsche in der städtischen Selbstverwaltung im Großherzogtum Posen 1815–1918*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 27 (1988), S. 205–206; Zygmunt Kaczmarek, *Wojciech Trąpczyński, 1860–1953*, Poznań 1993, S. 41.

⁵ Heidi Hein-Kircher, *Jewish Participation in the Lemberg Local Self-Government: The Provisions of the Lemberg Statute of 1870*, in: *Simon Dubnow Institute Yearbook* 10 (2011), S. 237–238.

nes jüdischen oder ukrainischen Bürgermeisters verhindern sollte.⁶ Die Ukrainer versuchten dem diskriminierenden Trend entgegenzuwirken, jedoch ohne Erfolg. Es gelang ihnen nur kurzfristig während des Ersten Weltkriegs und während des polnisch-ukrainischen Konflikts die Verwaltung ansatzweise zu ukrainisieren.⁷

Die Situation der Polen in Preußen stand im krassen Gegensatz zu ihrer Lage in Galizien. Obwohl die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs Polen mit anderen Bürgern gleichsetzte, waren sie in den Kommunalverwaltungen unterrepräsentiert. Alle Posener Bürgermeister von 1825 bis 1918 waren Deutsche. Obwohl Polen in Posen vor dem Ersten Weltkrieg knapp 50 Prozent der Bevölkerung ausmachten, waren sie zu dieser Zeit nur mit sieben Deputierten im Stadtrat vertreten. 33 Sitze fielen Deutschen und 16 Juden zu. Im Unterschied zu Lemberg oder Warschau waren Juden in Posen deutschsprachig und machten nur 3,6 Prozent der Stadtbevölkerung aus. Mit Michaelis Placzek hatte die Stadt Posen seit 1911 auch einen jüdischen Stadtratsvorsitzenden. Polen wurden auch nur selten in der Stadtverwaltung eingestellt. Zu der Zusammensetzung des Stadtrats trug maßgeblich das Zensuswahlrecht bei, das vermögende Bürger begünstigte, und zu der Nichteinstellung der Polen in der Stadtverwaltung die rassistische Politik des Kaiserreichs in der Provinz Posen.⁸

Die Nichteinstellung bestimmter ethnischer Gruppen war auch in Galizien verbreitet. Betroffen davon waren Juden und Ukrainer. In Galizien kam jedoch die Tradition des jüdischen Vizebürgermeisters zustande. Viele galizische Städte hatten einen polnischen Bürgermeister und einen jüdischen Vizebürgermeister.⁹ Juden konnten auch in einigen galizischen Städten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts den Posten des Bürgermeisters bekleiden. 1907 amtierten in Galizien zumindest 24 jüdische Bürgermeister.¹⁰ Buczacz wurde von 1879 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs von dem jüdischen Bürgermeister Bernard Stern verwaltet.¹¹

⁶ Hein-Kircher, Lembergs „polnischen Charakter“ sichern, S. 80.

⁷ Bartov, Buczacz, S. 65–74; Christoph Mick, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947, Wiesbaden 2010, S. 203–232.

⁸ Elżbieta Wojcieszek, *Działalność rady miejskiej miasta Poznania w latach 1919–1939 i losy poznańskich radnych*, Poznań 2011, S. 9–10; Stefan Olejniczak / Marcin Peterleitner / Krzysztof Strykowski, *Władze Poznania w latach 1866–1918*, in: Jacek Wiesiołowski (Hrsg.), *Władze miasta Poznania 1793–2003*, Bd. 2, Poznań 2003, S. 10–62; Kaczmarek, Wojciech Trąmpczyński, 1860–1953, S. 53.

⁹ Hanna Kozińska-Witt, *Krakau in Warschaus langem Schatten. Konkurrenzkämpfe in der polnischen Städtelandschaft 1900–1939*, Stuttgart 2008, S. 37–40, 124; Hein-Kircher, *Jewish Participation*, S. 238; Antony Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, Bd. 3, Oxford 2012, S. 145.

¹⁰ Wacław Wierzbieniec, *Lwów, Przemyśl, Rzeszów. Jewish Representations in Municipal Self-Governments*, in: Simon Dubnow Institute Yearbook 10 (2011), S. 255–256.

¹¹ Omer Bartov (Hrsg.), *Voices on War and Genocide. Three Accounts of the World Wars in a Galician Town*, New York 2020, S. 24, 134.

Daniel Gross, der Großvater des jüdisch-polnisch-amerikanischen Historikers und Soziologen Jan Tomasz Gross, bekleidete das Bürgermeisteramt in Biała.¹²

Kommunalverwaltung in der Übergangszeit

Die Zweite Polnische Republik, die am 11. November 1918 ausgerufen wurde, war ethnisch heterogen. Bewohnt war sie neben christlich-katholischen Polen auch von Juden, Ukrainern, Deutschen, Litauern, Weißrussen und anderen ethnischen Gruppen, die in den politischen Diskursen als „Minderheiten“ bezeichnet wurden. Durch sein dreifaches imperiales Erbe verfügte der junge Staat über drei verschiedene Schienennetze und drei unterschiedliche Verwaltungssysteme, die vereinheitlicht werden mussten.¹³ Diese Vereinheitlichung nahm Zeit in Anspruch. Obwohl der Vereinheitlichungsprozess 1928 bzw. 1933 offiziell abgeschlossen war, blieben erhebliche Unterschiede sowohl zwischen den drei Teilungsgebieten als auch regional bis zum Zweiten Weltkrieg bestehen. Das neue Verwaltungssystem ähnelte am meisten dem preußischen Modell.¹⁴

Die Polonisierung der Verwaltung begann in Kongresspolen und der Provinz Posen bereits im Ersten Weltkrieg. Kongresspolen hatte zwar keine Selbstverwaltungen mit gewählten Räten wie in Galizien und der Provinz Posen, aber es hatte durch das Zarenreich kontrollierte Stadt- und Kommunalverwaltungen, die polonisiert werden konnten. Sowohl das Deutsche Kaiserreich als auch das Zarenreich ließen die Polonisierung während des Kriegs zu, um die Polen für sich zu gewinnen. In Warschau wurde Polnisch als Amtssprache bereits 1914 eingeführt. Als Warschau 1915 von den Deutschen eingenommen wurde, berief der Generalgouverneur Hans von Beseler dort ein polnisches Bürgerkomitee und ernannte den Fürsten Zdzisław Lubomirski zum Warschauer Stadtpräsidenten. 1916 wurden Wahlen zum Stadtrat unter deutscher Aufsicht durchgeführt, in dem es schnell zu politischen Streitigkeiten zwischen den gewählten Fraktionen kam.¹⁵

In mittelgroßen und kleinen Städten Kongresspolens wie Tomaszów Mazowiecki, Piotrków Trybunalski oder Wieluń gestaltete sich die Situation in der Übergangszeit ähnlich wie in Warschau. Russische Bürgermeister und Stadtpräsi-

12 Aleksandra Pawlicka, Jan Tomasz Gross, ...bardzo dawno temu, mniej więcej w zeszły piątek..., Warszawa 2018, S. 9.

13 Grzegorz Górski, Historia administracji, Warszawa 2002, S. 269–279.

14 Ireneusz Ciosek, Projekty reform podziału administracyjnego państwa w okresie II Rzeczypospolitej, in: Przeniosło (Hrsg.), Z dziejów samorządu, S. 133; Wytrążek, Samorząd terytorialny, S. 32; Kosińska-Witt, Jüdische Stadtdeputierte, S. 257.

15 Kosińska-Witt, Stadträte und polnische Presse, S. 288; Górski, Historia administracji, S. 272.

ten gaben ihre Stellen auf, weil sie nach Russland flohen. Da die Städte verwaltet werden mussten, begannen schon 1914 polnische Bürgermeister zu amtieren. Die neu entstandenen Bürgerkomitees, die aus Kommunalbeamten und -politikern bestanden, standen der polnischen nationalen Idee nahe. Aus diesem Grund wurden sie 1915 von den Deutschen zumindest in einigen Städten aufgelöst.¹⁶ In der Kleinstadt Otwock bei Warschau organisierten am 7. Juni 1916 die deutschen Besatzungsbehörden die ersten Wahlen. Zum Bürgermeister wurde Witold Kasperowicz gewählt, den der Generalgouverneur durch Józef Kwieciński ersetzen ließ. In den Otwocker Stadtrat wurden am 25. Februar 1917 fünf Polen und vier Juden gewählt.¹⁷

In Posen überstand die deutsche Stadtverwaltung den Ersten Weltkrieg weitestgehend unversehrt.¹⁸ Im Oktober 1918 bestand der Posener Stadtrat aus 20 Deutschen, 29 deutschsprachigen Juden und 11 Polen. 1920 waren noch 17 Deutsche im Posener Stadtrat vertreten. Da es zu wenig ausgebildete polnische Beamte in Posen gab, versuchte die Stadtverwaltung die Auswanderung deutscher Beamter zunächst zu verhindern.¹⁹ Erst im Zug der Umstellung auf die polnische Sprache, sank die Zahl deutscher und jüdischer Räte wie auch anderer Beamter und Angestellter rapide ab. In der Zwischenkriegszeit wurde die Posener Stadtverwaltung von den rechtsradikalen Kommunalpolitikern der Nationaldemokratie (Narodowa Demokracja, ND), die als *Endecja* bekannt ist, dominiert. Obwohl in Posen Juden nicht einmal ein Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten, war der Antisemitismus noch mehr als in Warschau oder Lemberg verbreitet, wo über 30 Prozent der Einwohner Juden waren.²⁰

Staatliche Politik, Juden und politische Lager

Die politische Entwicklung in der Zweiten Republik wurde stark von der nationalistischen *Endecja* und der sozialistischen *Sanacja* geprägt. Zeitlich kann man sie in drei Phasen unterteilen: 1918 bis 1926, 1926 bis 1935 und 1935 bis 1939. In der ersten Phase (1918–1926) konstituierten sich die politischen Kräfte und es kam zu star-

16 Maria Nartonowicz-Kot, *Narodziny samorządu terytorialnego na ziemiach byłego Królestwa Polskiego*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 82–85.

17 Marian Kalinowski, *Zarys dziejów miasta Otwocka*, Otwock 1996, S. 32.

18 Hanna Kozińska-Witt, *W stolicy „strefy nieosiedlania“*. Poznańska prasa o stosunkach samorządu miasta Poznania do Żydów w latach 1918–1939, in: *Kwartalnik Historii Żydów* 242, 2 (2012), S. 166–168.

19 Kozińska-Witt, *W stolicy „strefy nieosiedlania“*, S. 166, 169; Jerzy Tomaszewski, *Ojczyzna nie tylko Polaków. Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918–1939*, Warszawa 1985, S. 176.

20 Kozińska-Witt, *W stolicy „strefy nieosiedlania“*, S. 173–188.

ken Spannungen zwischen linken und rechten Parteien. Es war eine Zeit der politischen Instabilität, wechselnder Regierungen und scharfen Rivalitäten. Bis Mai 1926 brachen in Polen 15 Regierungen zusammen. Am 16. Dezember 1922, wenige Tage nachdem der erste polnische Präsident Gabriel Narutowicz mit den Stimmen linker Parteien, der Bauernpartei und der nationalen Minderheiten gewählt worden war, ermordete ihn der rechte Künstler Eligiusz Niewiadomski. Im nationalen Lager wurde Narutowicz als Sozialist und Jude und seine Wahl zum Präsidenten als eine nationale Schande wahrgenommen. Weil die Lage instabil war und die Übernahme der Macht durch die Endecja drohte, führte Józef Piłsudski mit seinen Anhängern und ehemaligen Legionisten, mit denen er im und nach dem Ersten Weltkrieg um einen polnischen Staat gekämpft hatte, vom 12. bis 15. Mai 1926 einen Putsch in Warschau durch, mit dem er die Macht übernahm und sie bis zu seinem Tod im Mai 1935 behielt.

Die Piłsudski-Ära bezeichnet die zweite Phase (1926–1935). In dieser Zeit wurde Polen durch das Sanacja-Regime regiert. Es war eine militärisch-sozialistische Diktatur, die Elemente der Demokratie beibehielt. Die Sanacja (Pol. Sanierung) agierte in Opposition zu der Endecja, der der nationalistische und antisemitische Roman Dmowski vorstand. Das Sanacja-Lager versuchte, nationale Minderheiten, die in der Zweiten Republik 35 Prozent der Bevölkerung ausmachten, an den Staat zu binden. Den Antisemitismus wies es als eine staatsfeindliche Ideologie ab. Piłsudski schützte Juden vor der Endecja und dem sich verbreiteten Antisemitismus. Er betrachtete sie – ähnlich wie alle anderen Minderheiten – als grundsätzlich gleichberechtigte Bürger des polnischen Staates. Das Lager ging auch Bündnisse mit jüdischen Parteien ein und wies in seinen Reihen assimilierte Juden auf.²¹

Nach Piłsudskis Tod im Mai 1935 setzte die dritte Phase (1935–1939) ein. Die politische Lage in Polen änderte sich diametral. Der Parteilose Block der Regierungsunterstützer (Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem, BBWR), den 1927 die Sanacja gegründet und der polnische und nichtpolnische Politiker und Parteien vereint und die Politik kontrolliert hatte, löste sich auf. Anschließend driftete die politische Entwicklung schnell nach rechts, weil die bis dahin marginalisierten rechten Politiker sich endlich wieder betätigen konnten und weil dem Nationalismus und Antisemitismus vom Sanacja-Lager keine Grenzen mehr gesetzt wurden bzw. der nationale Flügel der Sanacja die Macht übernahm. 1937 gründete eine Gruppe rechter Politiker und Denker das Lager der Nationalen Einheit (Obóz Zjednoczenia Narodowego, OZN), das die Politik im Land bis zum Zweiten Weltkrieg

²¹ Grzegorz Krzywiec, *Czy państwo w Polsce pomajowej było czynnikiem antyżydowskim (1926–1939)?*, Stan badań i perspektywy badawcze, in: *Metamorfozy społeczne* 8 (2014), S. 369–373; Paul Brykczynski, *Primed for Violence. Murder, Antisemitism, and Democratic Politics in Interwar Poland*, Madison 2016.

bestimmte. Da seit Piłsudskis Tod niemand mehr die Juden von oben schützte und weil das OZN antisemitisch und nationalistisch handelte, verschlechterte sich die Situation der Juden und anderer Minderheiten in Polen erheblich. Der bereits vor 1935 in der polnischen Gesellschaft weit verbreitete Hass gegen Juden und andere Minderheiten, die nur als Gäste aber nicht als Staatsbürger angesehen wurden, wurde sukzessiv zur Staatsdoktrin. Dies zeigte sich unter anderem in einer Welle von Überfällen, Ausschreitungen und Pogromen, die nur wenige Monate nach Piłsudskis Tod losbrach. Die Gewalt erreichte ihren Höhepunkt 1936 und endete erst als das OZN die Macht übernahm und eine Koalition mit den prügelnden radikalen Nationalisten einging.²² Radikalnationalistische, faschistische und antisemitische Gruppierungen wurden nach 1937 in Polen rehabilitiert, legalisiert und konnten ungestört ihre faschistischen und militärischen Jugendorganisationen aufbauen.²³

Juden, die 1939 3,3 Millionen polnischer Staatsbürger ausmachten, traf die nationalistische Politik der polnischen Regierung und radikalen Gruppierungen besonders hart. Neben Ukrainern und Deutschen wurden sie als Bedrohung dargestellt und zum Hauptfeind Polens stilisiert.²⁴ Die vom OZN dominierte polnische Regierung ging davon aus, dass in Polen zu viele Juden lebten und suchte aktiv nach einer „Lösung“ für dieses „Problem“. Zusammen mit zionistischen Politikern überlegte sie, ob Juden aus Polen nach Palästina oder Madagaskar umgesiedelt werden könnten.²⁵

Juden wurden, ähnlich wie andere Minderheiten, nur selten in der Verwaltung der Zweiten Republik eingestellt. 1931 machten sie nur 1,8 Prozent aller im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen aus. In den Kommunalverwaltungen machten sie 2,5 Prozent aller Beschäftigten aus, wobei diese Statistik auch westpolnische Städte einschloss, in denen gar keine oder nur sehr wenig Juden lebten.²⁶ Eine differenziertere Statistik von 1936 zeigte große Diskrepanzen auf diesem Gebiet. Laut ihr machten in 302 polnischen Städten mit einem jüdischen Bevölke-

22 Krzywiec, *Czy państwo w Polsce*, S. 373–381; Melzer, *Antisemitism in the Last Years*; Jolanta Żyndul, *Zajścia antyżydowskie w Polsce w latach 1935–1937*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego w Polsce* 3 (1991) 159, S. 57–59.

23 Joshua Zimmerman, *The Polish Underground and the Jews, 1939–1945*, Cambridge 2017, S. 16–18.

24 Nach den Zählungen von 1931 lebten in Polen 20,7 Millionen Polen (65 %), 5,1 Millionen Ukrainer (16 %), 3,1 Millionen Juden (10 %), 1,9 Millionen Weißrussen (6 %) und 784.000 Deutsche (2 %). Vgl. Jerzy Tomaszewski, *Ojczyzna nie tylko Polaków*, S. 50.

25 Magnus Brechtken, *„Madagaskar für die Juden.“ Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945*, München 1998, S. 106–114; Zofia Trębacz, *Nie tylko Palestyna. Polskie plany emigracyjne wobec Żydów 1935–1939*, Warszawa 2019.

26 Raphael Mahler, *Jews in Public Service and the Liberal Professions in Poland, 1918–39*, in: *Jewish Social Studies*, 6, 4 (1944), S. 298–300.

rungsanteil von über 40 Prozent Juden 7,6 aller Mitarbeiter der Stadtverwaltungen aus. Gleichzeitig gab es in Polen viele Orte mit einem Judenanteil von über 50 Prozent, in denen kein einziger Jude als Beamter in der Stadtverwaltung tätig war.²⁷

An polnischen Universitäten waren nur sieben von 596 Professoren Juden. In nichtstaatlichen Institutionen wurden sie aufgrund ihrer Qualifikationen jedoch gerne eingestellt. In den letzten Jahren vor dem Krieg machten Juden 24,2 Prozent der Lehrer an privaten, aber nur 2,3 Prozent an staatlichen Schulen aus. Weil sie im öffentlichen Dienst wenig Chancen auf Beschäftigung hatten, arbeiteten viele Juden in freien Berufen. 1931 waren 33,5 Prozent der Anwälte und 56,0 Prozent der Privatärzte Juden. In staatlichen Krankenhäusern dagegen stellten sie nur 11,9 Prozent des ärztlichen Personals. Da Juden allmählich der Zugang zu Studiengängen wie Medizin und Jura erschwert und teilweise ganz versperrt wurde, sank ihre Zahl in diesen Berufen ebenfalls konstant. Eine vergleichbare staatliche Diskriminierung der Juden im öffentlichen Dienst hatte es vor 1914 weder in Galizien noch in Preußen oder in Kongresspolen gegeben.²⁸

Vor der Einstellung in der Stadtverwaltung wurde der Hintergrund nichtpolnischer Bewerber durch die Kriminalpolizei überprüft. Manchmal geschah das auf Veranlassung des Bürgermeisters. So war es unter anderem bei Bruno Kram, der sich 1938 um die Stelle des Sekretärs in Skarżysko-Kamienna bewarb.²⁹ Charakteristisch für die antisemitische Einstellung zu Juden sind die Worte von Franciszek Sz wajdler, dem Sprecher des Vereins der Polnischen Anwälte. 1937 sagte er: „Wir sollten nicht vergessen, dass jeder Jude gefährlich ist, sogar ein sogenannter ‚ehrlicher Jude‘; sogar ein Jude, den mit Orden bedeckt ist, der sich auf dem Kampffeld auszeichnete oder Überdurchschnittlichkeit in Jura oder Wissenschaft erreichte.“³⁰ Als die Warschauer Stadtverwaltung 1927 vorhatte, einige Juden einzustellen, reagierten die Straßenbahnangestellten mit einem Streik auf diesen Plan.³¹

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gestalteten sich nach dem Ersten Weltkrieg kompliziert. Weil die Provinz Posen sowie Teile von Pommern, Westpreußen und Schlesien an Polen angeschlossen worden waren, lehnten alle deutschen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten den polnischen Staat ab und bezeichneten ihn als einen „Saisonstaat“. Viele Deutsche verließen Polen und diejenigen, die blieben, wurden ähnlich wie andere Minderheiten als Bürger zwei-

²⁷ Urzędnicy-Żydzi w samorządzie miejskim, in: Biuletyn Ekonomiczno-Statystyczny 1 (1936), S. 21.

²⁸ Mahler, Jews in Public Service and the Liberal Professions in Poland, 1918–39, S. 304, 306, 336.

²⁹ Do Pana Kierownika Wydziału Śledczego, 24.5.1938, APKi, AMSK, Bd. 1011, Bl. 13.

³⁰ Mahler, Jews in Public Service, S. 312.

³¹ Kosińska-Witt, Jüdische Stadtdeputierte, S. 193.

ter Klasse behandelt. Ähnlich erging es Polen, die in der Weimarer Republik lebten. 1925 brach ein Handelskrieg zwischen Deutschland und Polen aus. Die angespannte Lage änderte sich paradoxerweise erst, als Hitler 1933 an die Macht kam. Zu dieser Zeit war die polnische Armee noch zwei Mal so groß wie die deutsche. Außerdem wurde Polen durch internationale Verträge geschützt.³²

Als Hitler zum Kanzler gewählt wurde, spitzten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zwar kurzfristig zu, aber nach einigen Monaten kamen sich die beiden Länder so nah wie nie zuvor.³³ Am 26. Januar 1934 unterschrieben Deutschland und Polen einen Nichtangriffspakt, der eine Periode intensiver Zusammenarbeit markiert.³⁴ Die Annäherung spielte sich auf vielen Ebenen ab. Sie führte unter anderem dazu, dass der polnische Sänger Jan Kiepura mehrmals in Berlin auftrat, die Schauspielerinnen Pola Negri und Maria Lipnińska in Joseph Goebbels' Filmen spielten, Piłsudskis Schriften ins Deutsche übersetzt und mit einem Vorwort von Herman Göring publiziert wurden, Hitler nach Piłsudskis Tod eine Trauermesse in Berlin organisierte und die Chefs der Berliner und Warschauer Polizei begannen sich gegenseitig auszutauschen.³⁵ Obwohl diese Freundschaft durchaus intensiv war und sowohl Piłsudskis Tod als auch das Ende des BBWR überstand, trug sie dennoch deutlich pragmatische Züge. Ihr Kernstück war der Antikommunismus bzw. die gemeinsame Furcht vor der Sowjetunion. Als Hitler merkte, dass er Polen nicht als Juniorpartner für einen Krieg gegen die Sowjetunion gewinnen konnte, kündigte er im April 1939 den Vertrag.³⁶

Die Phase der Annäherung zwischen Hitler-Deutschland und Polen begann nicht ohne Grund während Piłsudski an der Macht war. Hitler bewunderte ihn als einen Führer und Staatsmann, obwohl Piłsudski ein Sozialist war und Hitlers rassistische und antisemitische Ansichten keineswegs teilte. Dennoch strebte er aus pragmatischen Gründen eine Koalition mit Deutschland an. Hitlers politische und ideologische Ansichten standen zwar denen von Piłsudskis Rivalen Roman Dmowski deutlich näher, aber dieser lehnte eine Koalition mit Deutschland ab, weil er in Deutschland den gefährlichsten Feind Polens sah. Im Gegensatz zu Piłsudski optierte Dmowski für eine Koalition mit der Sowjetunion. Trotz seiner ideologischen

³² Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Munich 1953, S. 237.

³³ Bernard Wiaderny, Hans Adolf von Moltke. Eine politische Biographie, Paderborn 2017, S. 59–60.

³⁴ Stanisław Żerko, *Stosunki polsko-niemieckie 1938–1939*, Poznań 1998, S. 35.

³⁵ Karina Pryt, *Befohlene Freundschaft. Die deutsch-polnischen Kulturbeziehungen 1934–1939*, Osnabrück 2010, S. 132, 291–295; Eugeniusz Cezary Król, *Polska i Polacy w propagandzie narodowego socjalizmu w Niemczech 1919–1945*, Warszawa 2006, S. 150; Waław Lipiński (Hrsg.), *Josef Piłsudski. Erinnerungen und Dokumente. Vom Josef Piłsudski, dem Marschall von Polen, persönlich autorisierte deutsche Gesamtausgabe*, Essen 1935.

³⁶ Pryt, *Befohlene Freundschaft*, S. 144–145; Żerko, *Stosunki polsko-niemieckie 1938–1939*, S. 333.

Bewunderung für den Nationalsozialismus hätte Dmowski einen Nichtangriffspakt mit Hitler wohl niemals unterschrieben.³⁷

Trotzdem trugen in erster Linie Dmowskis Ansichten zur Kollaboration auf verschiedenen Ebenen zwischen Deutschen und Polen im Zweiten Weltkrieg bei, weil Dmowski und nicht Piłsudski die Juden als die Hauptfeinde Polens verstand. Als die Sanacja 1926 die Macht übernahm, gründete Dmowski das Großpolnische Lager (Obóz Wielkiej Polski, OWP), die größte polnische faschistische Bewegung der Zweiten Republik. Das OWP, dessen Führer (*wielki oboźny*) Dmowski war, zählte 1930 über 200.000 Mitglieder und war eine der mitgliederstärksten faschistischen Bewegungen in Europa. Als es 1933 vom Staat verboten wurde, schlossen sich seine Mitglieder der Nationalen Partei (Stronnictwo Narodowe, SN) an, die ebenfalls die Interessen der Endecja vertrat mit über 200.000 Mitgliedern im Jahr 1939 genauso stark war wie das OWP sechs Jahre zuvor. Ideologisch unterschieden sich das OWP und die SN kaum. Beide kombinierten Nationalismus mit Katholizismus und versuchten, einen polnischen Faschismus zu erfinden. Beide hatten einen starken Einfluss auf die politischen Ansichten vieler Bürgermeister sowie anderer Kommunalbeamten. Ihre Ideologie wurde vom OZN aufgenommen und bestimmte somit das politische Leben in den letzten Jahren vor dem Krieg.³⁸

Stadtverwaltungen und Gesetzgebung

Die Stadt- und Kommunalverwaltungen waren von der staatlichen Politik geprägt, obwohl sie ihre eigenen lokalen Dynamiken entwickelten und grundsätzlich als unabhängige Selbstverwaltungen galten. Die Zusammensetzung der Stadtverwaltung in der Zweiten Republik wurde mit dem Dekret vom 4. Februar 1919 reguliert, der auf dem preußischen Modell basierte. Die Stadtverwaltung bestand demnach aus zwei Elementen: dem Stadtrat (Legislative) und dem Magistrat (Exekutive). Der Stadtrat war das Entscheidungs- und Kontrollorgan. Er entschied über wichtige Kommunalfragen und beaufsichtigte die Geschäfte des Magistrats. Er tagte

37 Emanuel Melzer, *No Way Out. The Politics of Polish Jewry, 1935–1939*, Tel Aviv 1997, S. 117; Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität*, München 2000, S. 107; Albert S. Kotowski, *Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie*, Wiesbaden 2000.

38 Mikołaj Stanisław Kunicki, *Between the Brown and the Red. Nationalism, Catholicism, and Communism in Twentieth-Century Poland – The Politics of Bolesław Piasecki*, Ohio 2012, S. 10–12, 18; Szymon Rudnicki, *Obóz Narodowo Radykalny. Genezą i działalność*, Warszawa 1985, S. 24; Grzegorz Krzywiec, Roman Dmowski wobec Żydów i „kwestii żydowskiej“ (1918–1939). Rekonesans i pytania badawcze, in: Sławomir Jacek Żurek (Hrsg.), *Polscy Żydzi dla Niepodległej (1918–1939)*, Lublin 2020, S. 115–139.

mindestens einmal im Monat und bestand aus 12 oder mehr Räten (Stadtdeputierten), die in öffentlichen Wahlen für eine Legislaturperiode von drei Jahre gewählt wurden. 1933 wurde die Legislaturperiode auf fünf Jahre erweitert. Räte, die 1919 noch im ehemaligen Kongresspolen gewählt worden waren, blieben aufgrund einer Sonderregelung bis 1927 im Amt.³⁹

Die Stadträte durften nicht bei der Stadtverwaltung angestellt sein. Sie verloren ihr Amt, wenn sie einen Platz im Magistrat annahmen, in einem wirtschaftlichen Verhältnis zur Stadtverwaltung standen, z. B. durch Übernahme öffentlicher Aufträge, oder wenn sie drei Monate lang bei den Sitzungen abwesend waren. Die Räte wählten den Magistrat, der aus dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister, den Beisitzern und dem Sekretär bestand. Die Größe des Magistrats hing von der Größe des Stadtrats ab. Die Mitglieder des Magistrats machten 10 Prozent aller Stadträte aus. Davon ausgenommen waren der Bürgermeister, sein Vertreter und der Sekretär. Große Städte wie Warschau hatten fünf Vizepräsidenten. In kleinen Städten bestand der Magistrat neben dem Bürgermeister und seinem Vertreter nur aus nur zwei oder drei Beisitzern und dem Sekretär. Die Mitglieder des Magistrats mussten über eine entsprechende Ausbildung verfügen bzw. fachlich geeignet sein. Sie mussten zumindest die Grundschule abgeschlossen haben, die polnische Staatsangehörigkeit besitzen und seit sechs Monaten in den Gemeinden wohnhaft sein.⁴⁰

Der Magistrat führte die Entscheidungen des Stadtrates aus, konnte sie aber auch mit einem Veto blockieren.⁴¹ Tatsächlich hatte der Bürgermeister innerhalb der Stadtverwaltung, vor allem nach den Zentralisierungsreformen von 1926 und der Einführung des zweiten Dekrets über die Reformierung der Kommunalverwaltung 1933, viel Entscheidungsfreiheit und administrative Macht. Infolge der Zentralisierung der Verwaltung durch die autoritäre Sanacja-Bewegung wurde der Bürgermeister weniger vom Stadtrat als von der Regierung, in erster Linie dem Innenministerium bzw. ihm untergeordneten Organen wie dem Wojewoden (wojewoda) und Starosten (starosta), kontrolliert.⁴²

Die Dezentralisierung der Macht, die in den frühen 1920er Jahren eingeführt worden war und das Konzept der Selbstverwaltung etabliert hatte, wurde durch

39 Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, Nr. 13 (1919) 140, S. 166; Wytrążek, Samorząd terytorialny, S. 59–60; Paweł Wolańczyk, Prezydenci Kielc w latach 1918–1939, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 150.

40 Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, Nr. 13 (1919) 140, S. 164–166; Wytrążek, Samorząd terytorialny, S. 59–60; Wolańczyk, *Prezydenci Kielc*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 150.

41 Wytrążek, *Samorząd terytorialny*, S. 61.

42 Ebendsa, S. 62.

die Sanacja infolge der Reformen von 1926, 1928 und 1933 nach und nach aufgehoben. Diese Reformen schränkten die Kompetenzen der Kommunalverwaltungen ein und führten dazu, dass sie von einer der Regierung loyalen Gruppierung regiert wurden. In größeren Städten wie Warschau, Krakau und Posen löste die Regierung das Stadtparlament und den Magistrat vorübergehend auf und stellte einen kommissarischen Bürgermeister ein, mit dem sie die Kommunalpolitik kontrollieren konnte. Die Reformen der Sanacja stärkten auch die Position der leitenden Beamten wie des Wojewoden, Starosten und Bürgermeisters bzw. Stadtpräsidenten.⁴³

Bürgermeister und Gesetzgebung

Städte der Zweiten Republik wurden durch Bürgermeister (*burmistrz*) und Stadtpräsidenten (*prezydent miasta*) regiert. Die Funktion des Stadtpräsidenten entsprach etwa der eines deutschen Oberbürgermeisters. Stadtpräsidenten verwalteten kreisfreie Städte. Dazu zählten große Städte wie Warschau, Krakau oder Posen sowie mittelgroße wie Tschenstochau, Radom oder Kielce. Jedem Stadtpräsidenten bzw. Bürgermeister standen Vizepräsidenten bzw. Vizebürgermeister zur Seite. Sie übernahmen bestimmte Aufgaben wie die Verwaltung einzelner Stadtteile oder die Überwachung konkreter Verwaltungsbereiche.⁴⁴

Laut einer Verordnung vom 4. Februar 1919 wurde der Bürgermeister bzw. Stadtpräsident durch den Stadtrat gewählt. Seine Amtszeit betrug wie die der Stadträte zunächst drei Jahre. 1933 wurde sie auf fünf erweitert. Tatsächlich fielen viele Amtsperioden länger aus.⁴⁵ Seine Position in der Stadtverwaltung war stark, aber nicht uneingeschränkt. Als Oberhaupt der Stadtverwaltung konnte er Entscheidungen des Magistrats und des Stadtrats ablehnen, wonach erneut über sie abgestimmt werden musste. Er konnte auch allein Entscheidungen treffen, wenn dringende Anliegen erledigt werden mussten. In der Regel traf er Entscheidungen aber kollegial mit dem Magistrat (Vizebürgermeister und Beisitzern) oder nach Be-

⁴³ Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 19 stycznia 1928 r. o organizacji i zakresie działania władz administracji ogólnej, Dziennik ustaw, Nr. 11, poz. 156 (1928), S. 156–163; Wyrążek, Samorząd terytorialny, S. 78; Waldemar Kozyra, Regionalizm administracyjny w Polsce w latach 1926–1939, in: Res Historia 37 (2014), S. 129, 133–134, 137; Gontarek, Żydzi Mińska Mazowieckiego, S. 341; Kozińska-Witt, Jüdische Stadtdeputierte.

⁴⁴ Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, Nr. 13, poz. 140 (1919), S. 166, 168; Wolańczyk, Prezydenci Kielc w latach 1918–1939, in: Przeniosło (Hrsg.), Z dziejów samorządu terytorialnego, S. 150.

⁴⁵ Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, Nr. 13, poz. 140 (1919), S. 166.

ratung mit den für einen Fachbereich zuständigen Beamten wie dem Leiter einer Stadtverwaltungsabteilung.⁴⁶

Der Bürgermeister verwaltete auch die Polizei, sofern sie der Gemeinde unterstand. Er leitete die Sitzungen des Stadtrats und durfte dort bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme abgeben. Der Bürgermeister wie die gesamte Stadtverwaltung waren dem Innenministerium unterstellt. Das Ministerium konnte einen Bürgermeister ernennen, wenn der Stadtrat dazu nicht in der Lage war. Ebenso konnte die Regierung einen kommissarischen Bürgermeister einsetzen, wenn die Stadtverwaltung das Budget überschritt oder wichtigen Kommunalaufgaben nicht nachging. Außerdem durfte das Innenministerium einen Bürgermeister und den Stadtrat abberufen, wenn ihre Handlungen gegen die politischen Interessen der Regierung verstießen und stattdessen einen kommissarischen Bürgermeister einsetzen.⁴⁷

Die Verordnung über die Gemeindeverwaltungen von 1933, mit der die Sanacja die Zentralisierung der Verwaltung vorantrieb, verstärkte die Position des Bürgermeisters. Ihr zufolge war der Bürgermeister der einzige und wichtigste Leiter der Stadtverwaltung und der eigentliche Repräsentant der Stadt. Er kontrollierte alle Betriebe und Fabriken, die für die Stadt arbeiteten bzw. kommunales Eigentum waren.⁴⁸ Die Stadtpräsidenten bekamen durch die Verordnung von 1933 mehr Vizebürgermeister zugeteilt, um bei den bürokratischen Aufgaben entlastet zu werden. Der Präsident von Warschau hatte fünf und andere Städte drei oder zwei Vertreter zur Verfügung.⁴⁹ Die Verordnung von 1933 definierte außerdem die Qualifikationen des Stadtpräsidenten bzw. des Bürgermeisters genauer. Neben dem Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit musste der Bürgermeister ein Mindestalter von 30 Jahren aufweisen, Polnisch in Schrift und Sprache gut beherrschen, eine dreijährige Erfahrung als Mitglied der Stadtverwaltung vorweisen sowie ein abgeschlossenes Studium haben bzw. über eine Ausbildung verfügen, die ihn zum Studieren berechnete. Er wurde durch den Stadtrat gewählt, konnte das Amt aber erst bekleiden, wenn der Wojewode bzw. der Innenminister die Wahl autorisierten. Der wichtigste und direkte Aufseher des Bürgermeisters war der Wojewode, der leitende Beamte einer der insgesamt 17 Wojewodschaften. In der Praxis hatte

⁴⁶ Ebenda, S. 168; Wolańczyk, *Prezydenci Kielc*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 150–151.

⁴⁷ *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej*, Nr. 13, poz. 140 (1919), S. 168; Wolańczyk, *Prezydenci Kielc*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 150–151.

⁴⁸ *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej*, Nr. 35, poz. 294 (1933), S. 704; Wolańczyk, *Prezydenci Kielc*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 151.

⁴⁹ *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej*, Nr. 35, poz. 294. (1933), S. 701.

der Bürgermeister jedoch mehr mit dem Starosten, der einen Kreis verwaltete, zu tun als mit dem Wojewoden.⁵⁰

Städte als jüdische Lebensorte

Das Leben polnischer Juden konzentrierte sich in den Städten, obwohl Polen kein Land mit einer ausgeprägten Urbanisierung war. Während etwa 80 Prozent der katholischen Polen auf dem Land lebten, waren über 75 Prozent der polnischen Juden in Städten ansässig.⁵¹ Obwohl in der Zwischenkriegszeit viele Juden aus den Shtetln in große und mittelgroße Städte umzogen, existierten bis zum Zweiten Weltkrieg in Polen trotzdem noch Orte, die zu 90 Prozent von Juden bewohnt waren.⁵²

Die jüdische Bevölkerung polnischer Städte war heterogen: von vollkommen akkulturierten Personen, die sich als Polen mosaischen Glaubens verstanden und kein Jüdisch oder Hebräisch sprachen, zu Juden, die kein Polnisch kannten, nur Jiddisch sprachen und in geschlossenen religiösen Gemeinschaften lebten. Lebten akkulturierte Juden überwiegend in Großstädten wie Warschau, Łódź oder Krakau, so wohnten viele Jiddisch sprechende und traditionell lebende Juden in kleineren Städten wie Węgrów oder Grójec. Viele Großstädte der Zweiten Republik waren zu einem Drittel oder sogar zu einem größeren Anteil von Juden bewohnt. Während sie in Warschau 1931 30,1 Prozent und in Lemberg 31,9 der Stadtbevölkerung ausmachten, waren es in Lublin 34,7 Prozent und in Białystock 47,2 Prozent. In Ostpolen kamen vor allem in Kleinstädten noch Ukrainer, Litauer und Weißrussen dazu. Warschau war nach New York die größte jüdische Metropole der Welt.⁵³

50 Ebenda, S. 705–706; Wolańczyk, *Prezydenci Kielc*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 151–152.

51 1931 lebten nur etwa 30 Prozent der Bürger der Zweiten Republik in Städten mit über 10.000 Einwohnern. Gleichzeitig wohnten 43,3 Prozent der polnischen Juden in Städten mit über 20.000 Einwohnern und 29,8 Prozent in Städten mit unter 20.000 Einwohnern. 23,1 Prozent der Juden lebten in Dörfern, wo sie nur 3,2 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

52 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 98–99; Edward Szturm de Sztrem, *Mały Rocznik Statystyczny 1939*, Warszawa 1939, S. 22–25; Marta Meducka, *Miasteczka polskie w latach 1900–1939 w relacjach pamiętnikarskich*, in: Regina Renz (Hrsg.), *Miasteczko polskie w XIX–XX wieku jako zjawisko kulturowe*, Kielce 1998, S. 134.

53 In Städten, die sich vor dem Ersten Weltkrieg im Deutschen Kaiserreich befanden, lebten deutlich weniger Juden. 1931 machten Juden nur 0,7 Prozent der Stadtbevölkerung in Posen, 4,5 Prozent in Katowice und 2,8 Prozent in Chorzów aus. Siehe Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 99.

Das ökonomische Leben in polnischen Städten gestaltete sich sehr verschieden. Arbeiteten Bewohner großer Städte in der Wirtschaft, im Handwerk oder in freien Berufen, so gingen in Kleinstädten viele Menschen haupt- oder nebenberuflich der Landwirtschaft nach. Der Großteil der polnischen Juden arbeitete im Kleinhandel, im Handwerk und der Industrie. In polnischen Kleinstädten lebten jedoch auch jüdische Bauern. Berufe wie Arzt oder Anwalt waren unter Juden ebenfalls verbreitet, aber die Zahl jüdischer Ärzte und Anwälte sank wegen des *numerus clausus* und *numerus nulus* permanent.⁵⁴

Juden waren in polnischen Städten im Kahal (Kehillah), der traditionellen, religiösen Gemeinde organisiert, die auch Aufgaben der Selbstverwaltung übernahm und mit der Kommunalverwaltung zusammenarbeitete. Der Kahal war eine durch den polnischen Staat anerkannte Institution. In der Zweiten Republik war er dem Starosten untergeordnet, der die neu gewählten Rabbiner und andere Organe anerkennen musste. Der Kahal hatte zwar einen religiösen Charakter aber ging auch kulturellen und sozialen Aktivitäten nach und kümmerte sich um die Bildung seiner Gemeindemitglieder. Er hatte ein eigenes Budget und wies viele andere Merkmale einer Selbstverwaltung und einer kulturellen Organisation auf. Er kümmerte sich um die Synagogen, Gebetshäuser, Schulen, Rabbinat, Mikwen, Friedhof, Philanthropie und um die Versorgung bedürftiger Mitglieder. Die Vertreter des Kahals wurden gewählt. Die ersten Wahlen zum Kahal in Polen fanden 1924 statt. Einige Mitglieder der Kahals dienten auch im Stadtrat oder im Sejm.⁵⁵

Juden besuchten sowohl staatliche als auch jüdische Schulen. Im Schuljahr 1934/1935 waren 63 Prozent jüdischer Schulkinder in staatlichen Schulen eingeschrieben. Gleichzeitig existierten in Polen gute jüdische Privatschulen. 1930/1931 machten jüdische Kinder 21 Prozent aller Schulkinder in den Mittelschulen aus. Weil die Ausbildung auf Polnisch stattfand, benutzten immer mehr Juden Polnisch im Alltag.⁵⁶ Der Schriftsteller Adolf Rudnicki, der 1909 als Aron Hirschhorn auf die Welt kam, bemerkte 1938: „Die jüdischen Massen sprechen überwiegend Polnisch. Das ist ihre alltägliche Sprache, das ist die Sprache, in der sie ihre Emotionen ausdrücken.“⁵⁷

54 Im Kreis Gorlice lebten Ende 1940 etwa 1.400 Juden auf dem Land. 80 Prozent von ihnen arbeitete in der Landwirtschaft. Siehe Judenrat der jüdischen Gemeinde Gorlice, 6.12.1940, AŻIH, ŻSS, Bd. 413, Bl. 47.

55 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 122–128; Jolanta Żyndul, *Państwo w państwie? Autonomia narodowo-kulturalna w Europie środkowo-wschodniej w XX wieku*, Warszawa 2000, S. 16; Robert Kotowski, *Z dziejów społeczności żydowskiej Sandomierza w latach 1918–1939*, in: *Kwartalnik Historii Żydów* 1, 225 (2008), S. 51.

56 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 132.

57 Adolf Rudnicki, *Lato*, Warszawa 1959, S. 116.

Polnische Städte beherbergten auch zwei jüdische Institute. 1928 wurde in Warschau das Institut für Judaistik (Instytut Nauk Judaistycznych) gegründet. Neben Mojżesz Schorr arbeiteten dort auch Majer Bałaban, Abraham Weiss und Edmund Stein. Ein Jahr später wurde Bałaban zum Professor für Jüdische Geschichte an der Warschauer Universität berufen. In Wilna entstand bereits 1925 das Jüdische Wissenschaftliche Institut, an dem einer der ersten Holocausthistoriker, Emanuel Ringelblum, angestellt war.⁵⁸

In polnischen Städten wurde ein breites Spektrum von jüdischen Zeitungen gedruckt. Allein in Warschau erschienen 1936 elf jiddische Tageszeitungen mit einer Auflage von 180.000 Exemplaren. Die zwei populärsten waren *Haynt* und *Der moment*. Obwohl hebräische Tageszeitung in Polen nicht über einen längeren Zeitraum gedruckt wurden, konnten polnische Juden einige anspruchsvolle Wochen- und Monatszeitungen wie *Hatekufah* und *Kolot* lesen. Die größten jüdischen Zeitungen erschienen auf Polnisch. Sie symbolisierten die Verbindung zwischen der jüdischen und polnischen Kultur, vertraten in der Regel keine zionistischen Ideen und richteten sich an polnischsprachige Juden sowie an Polen, die sich für jüdisches Leben in ihrem Staat interessierten. Zu diesen Zeitungen zählten *Nowy Dziennik*, *Chwila* und *Nowy Przegląd*, die in einer Auflage von jeweils über 20.000 erschienen.⁵⁹

Die Kultur in polnischen Städten wurde durch jüdische Schriftsteller, Theater, Kabaretts, Opern, Cafés sowie jüdische Filme bereichert. Warschau und Lemberg waren kulturelle Zentren, in denen jüdische Schriftsteller wie Julian Tuwim und Antoni Słonimski auf Polnisch schrieben und publizierten. In Łódź wirkten jiddischsprachige Schriftsteller wie Moische Broderson und Jizchak Katzenelson. In Warschau existierten einige Jiddische Theater, unter anderem das Warschauer Jiddische Kunsttheater (Varshever Yidisher Kunst-teater), das Zygmunt Turkow und Ida Kaminska leiteten, und das Junge Theater (Young-teatr), dem Michał Weichert vorstand. In den 1920er Jahren entstand eine ganze Reihe jiddischer Stumm- und Tonfilme in Polen wie etwa Michał Waszyńskis *Der Dybbuk*.⁶⁰

Antisemitismus, Konkurrenzdenken und Säuberung der Städte

Der polnische Antisemitismus existierte in verschiedenen Formen und hatte eine integrative Funktion. Antisemitische Denkmuster kamen unter allen Bevölkerungsschichten und politischen Gruppen einschließlich der Sozialisten und Kom-

⁵⁸ Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 134.

⁵⁹ Ebenda, S. 134–137.

⁶⁰ Ebenda, S. 138–139.

munisten vor, die ihn offiziell bekämpften. Nach Józef Piłsudskis Tod konnte er sich fast uneingeschränkt verbreiten, weshalb es zwischen 1935 und 1937 zu Pogromen in vielen polnischen Städten kam. Vor allem Stadtzentren, Märkte, Rathäuser und Universitäten waren Schauplätze von Übergriffen und Ausschreitungen. Viele Übergriffe ereigneten sich im ehemals zaristischen Kongresspolen. Eine feindselige, antijüdische Stimmung herrschte auch in der ehemaligen Provinz Posen, obwohl dort deutlich weniger Juden lebten als in anderen Teilen der Zweiten Republik. Die spezifische Akkulturation der Juden in der ehemaligen Donaumonarchie und das interethnische Gefühl der Zusammengehörigkeit machten Krakau und andere galizische Städte resistenter gegenüber antisemitischen Provokationen und Gewalt, obwohl auch dort Antisemitismus auf der lokalen Ebene durchaus verbreitet war und es zu Boykotten jüdischer Geschäfte kam.⁶¹

Sehr stark war in Polen der wirtschaftliche Antisemitismus verbreitet. Er entsprang der Überzeugung, dass Juden Polen daran hindern, in ihrem eigenen Staat wirtschaftlich und sozial aufzusteigen. Da viele Juden aufgrund der früheren Restriktionen als Händler, Kaufleute und Unternehmer arbeiteten, machten sie in einigen Städten einen erheblichen Anteil dieser Berufsgruppen aus. Ähnlich verhielt es sich mit dem Anwalts- und Arztberuf. Die Anhänger des wirtschaftlichen Antisemitismus forderten, den Juden zu verbieten diesen Berufen nachzugehen oder sie ganz aus Polen zu vertreiben. Die deutschen Besatzer unterstützten diesen ideologischen Trend, der den Stadtverwaltungen neue Handlungsmöglichkeiten eröffnete.⁶²

Tatsächlich verarmten Juden in der Zweiten Republik aufgrund der antisemitischen Gesetzgebungen, die nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 verschärft wurden, enorm. Obwohl Juden nur etwa 10 Prozent der Bevölkerung ausmachten, wurden von ihnen in den späten 1930er Jahren 35 bis 40 Prozent aller in Polen erhobenen Steuern eingetrieben. Immer mehr polnische Handelsschulen und Universitäten verboten Juden Berufsausbildungen oder ein Studium und erkannten Abschlüsse ausländischer Universitäten nicht mehr an. Die wirtschaftliche Lage des polnischen Judentums verschlechterte sich dermaßen, dass vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ein Drittel der insgesamt drei Millionen polnischen Juden auf eine soziale Unterstützung angewiesen waren, die sie in der Regel von jüdischen Organisationen im Ausland wie dem American Jewish Joint Distribution Committee erhielten. Der polnische Staat verstand Juden als eine wichtige Einnahmequelle, um deren arme Schichten er sich nicht kümmern musste.⁶³

⁶¹ Ebenda, S. 140.

⁶² Urynowicz, *Stosunki polsko-żydowskie*, S. 586–590.

⁶³ Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 95; Simon Segal, *The New Poland and the Jews*, New York 1939, S. 132–134, 141, 145–146; Kozińska-Witt, *Jüdische Stadtdeputierte*, S. 163.

Der Aufstieg des Antisemitismus nach Piłsudskis Tod führte auch dazu, dass die Lage der Juden vor allem in kleinen Städten und Shtetls hoffnungsloser war als in Warschau, Krakau oder Lemberg. Die meisten pogromartigen Ausschreitungen, zu denen es zwischen 1935–1937 kam, ereigneten sich in Kleinstädten wie Przytyk, wo 90 Prozent der Bevölkerung Juden waren und wo die Endecja und andere nationalistische Gruppen agierten. Außer in Przytyk wurden Juden auch in Suwałki, Raciąż, Zgierz, Augustów, Płock, Sokoły, Odrzywół, Grodno und vielen anderen Orten angegriffen. Nach Jolanta Żynduls Schätzungen wurden bei den Übergriffen zwischen 1935–1937 14 Juden in Polen getötet und 2.000 verletzt.⁶⁴ William Hagen zählte 35 Tote und 500 Verletzte.⁶⁵ Da Juden in einigen Städten Verteidigungsgruppen bildeten und sich gegen die Angriffe zur Wehr setzten, wurden bei den Ausschreitungen auch Polen getötet und verletzt.⁶⁶

Zur Verbreitung und Radikalisierung des Antisemitismus in polnischen Städten trug in den letzten Jahren vor dem Krieg maßgeblich das OZN bei, das aus dem rechten Flügel der Sanacja hervorging. Das OZN entstand offiziell 1937, nahm keine Juden auf und förderte den Antisemitismus in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Paradigmatisch sind dafür die Ansichten von Janina Berezowa, der Chefredakteurin der Zeitung *Kronika Nadbużańska. Demokratyczny Tygodnik Regionalny* (*Die Chronik des Landes am Bug. Demokratisches Regionalblatt*), die in Cholm und vielen anderen ostpolnischen Städten gelesen wurde. Im Januar 1939 behauptete Berezowa in einem ihrer zahlreichen Artikel, dass „die ganze Welt die Notwendigkeit der Lösung der jüdischen Frage“ dank der Nationalsozialisten verstanden hätte. Sie warnte die Juden in Polen und appellierte an sie, Polen endlich zu verlassen, weil sie die „Gastfreundschaft [der Polen] überstrapaziert haben“. „Die jüdische Frage in Polen“, schrieb die Redakteurin „ist brennend und beunruhigend und soll schnell gelöst werden. Die ganze polnische Nation verlangt es, weil ihr die Rolle der Juden in der Geschichte Polens bewusst geworden ist und weil sie unter ihrem Dach Feinde und Schädlinge nicht weiter tolerieren will“. Das OZN sollte, so Berezowa, die „jüdische Frage“ so lösen, dass die Kosten für die Umsiedlungen von den Juden selbst übernommen werden mussten. Dies sei absolut notwendig, weil „die Juden ein Element sind, das die normale Entwicklung der polnischen nationalen und staatlichen Kräfte schwächt und abdrosselt. [...] Sie sind ein sehr uner-

⁶⁴ Jolanta Żyndul, *Zajścia antyżydowskie*, 21–72. Für die Zahl der Pogrome siehe Celia Stopnicka Heller, *On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the Two World Wars*, New York 1977, S. 118.

⁶⁵ William Hagen, *Before the 'Final Solution'. Toward a Comparative Analysis of Political Antisemitism in Interwar Germany and Poland*, in: *The Journal of Modern History* 68, 2 (1996), S. 371.

⁶⁶ Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 143–147.

wünschtes Element, das die Emanzipation der polnischen Bevölkerung in den Städten und auf dem Land erschwert“.⁶⁷

Eine weitere Form des Antisemitismus existierte in den Höheren Bildungsanstalten und Universitäten des Landes. Mit dieser universitären Variante der Judenfeindschaft wurden zumindest jene Bürgermeister konfrontiert, die selbst oder deren Kinder an polnischen Universitäten studierten. Der universitäre Antisemitismus war ein globales Phänomen, das sich in Polen sowie in Deutschland, Österreich, Rumänien und Ungarn besonders bemerkbar machte.⁶⁸ Seine Träger waren sowohl Studenten als auch wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren. Gepflegt wurde diese Form des Antisemitismus vor allem in Seminarräumen, Korridoren und Bibliotheken, allerdings waren Städte und ihre Kommunalverwaltungen ebenfalls davon betroffen und konnten diese gewalttätige Judenfeindschaft nicht einfach ignorieren. Jüdische Studenten wurden durch polnische Kommilitonen nicht nur auf dem Gelände der Universitäten, sondern auch außerhalb davon, beispielsweise in Stadtzentren gejagt, geschlagen und getötet. Da jüdische Studenten sich organisierten, um sich gegen diese Angriffe zu wehren, kamen auch einige der prügelnden polnischen Antisemiten bei ihren Angriffen auf Juden ums Leben oder wurden schwer verletzt. Beerdigungen ermordeter polnischer Studenten nahmen die Form antisemitischer Proteste und Machtdemonstrationen an. Der universitäre Antisemitismus führte dazu, dass an einigen Universitäten bzw. Fakultäten nach 1935 ein *numerus clausus* und *numerus nullus* für Juden eingeführt wurden, um die Anzahl jüdischer Studenten zu reduzieren. Infolgedessen sank die Zahl jüdischer Studenten an polnischen Universitäten von 24,9 Prozent im akademischen Jahr 1921/1922 auf 8,2 Prozent 1938/1939.⁶⁹

Der Ausschluss der Juden aus dem beruflichen und öffentlichen Leben schritt auch außerhalb der Universitäten voran. Verschiedene Berufsverbände und Organisationen in polnischen Städten, die Anwälte, Ärzte, Handwerker, Händler, Journalisten, Lehrer, Fleischer, Kriegsveteranen und Reservisten vertraten, führten 1937 ebenfalls einen *numerus nullus* bzw. den sogenannten Arierparagraph ein. Wie Emanuel Ringelblum beobachtete, wurden die rassistischen und antisemitischen Botschaften des OZN von der polnischen Gesellschaft umfassend aufgenom-

⁶⁷ Kronika Nadbużańska, 15.01.1939, Nr 3, S. 1–2.

⁶⁸ Regina Fritz / Grzegorz Rossoliński-Liebe / Jana Starek (Hrsg.), *Alma mater antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939*, Wien 2016.

⁶⁹ Andrzej Pilch, „Rzeczpospolita Akademicka“. *Studenci i polityka 1918–1933*, Kraków 1997, S. 33, 37, 135–37, 164–165; Mahler, *Jews in Public Service*, S. 341; Monika Natkowska, *Numerus clausus, getto ławkowe, numerus nullus, „paragraf aryjski“*. *Antysemityzm na Uniwersytecie Warszawskim 1931–1939*, Warszawa 1999.

men und praktisch umgesetzt. Bürgermeister, Kommunalpolitiker und Beamte stellten hier keine Ausnahme dar. Man sprach in Polen zu dieser Zeit von einem „zoologischen Antisemitismus“, mit dem die rassistische Form der Judenfeindschaft gemeint war. Der polnische Diplomat im Vatikan, Stanisław Janikowski, meinte, dass er auch unter polnischen Geistlichen verbreitet war. Die Zeitung *Gazeta Warszawska* betonte die Vorteile der Ideologie des deutschen Nationalsozialismus für die europäische Zivilisation, weil dieser ein klares Programm gegen die Juden erarbeitet hätte.⁷⁰

Verbreitet war in Polen auch die Idee, dass polnische Städte „verjudet“ seien und „entjudet“ werden müssten. Dieser Gedanke tauchte keineswegs erst nach dem Ersten Weltkrieg auf, sondern existierte unter anderem in Kongresspolen bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 1900 publizierte ein anonymes Autor mit dem Pseudonym „F.R. Bauer aus dem Weichselland“ (F.R. rolnik nadwiślański) ein Buch mit dem vielsagenden Titel *Die Kanalisation der Stadt Warschau als das Werkzeug des Judentums und der Scharlatanerie. Mit dem Ziel der Vernichtung der polnischen Landwirtschaft und der Ausrottung der slawischen Bevölkerung an der Weichsel*. Der Autor legte in seiner antisemitischen Schrift dar, dass die Juden nicht nur in den Städten herrschen, sondern mithilfe der Kanalisation sowohl die Weichsel als auch die Landwirtschaft vergiften und zerstören würden. Wegen der Kanalisation düngten die Stadtfäkalien nicht die Felder, sondern landen in den Flüssen.⁷¹

Nach dem Ersten Weltkrieg war der Gedanke einer „Verjudung“ der Städte und der Notwendigkeit ihrer „Entjudung“ in allen politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialisten präsent. Bohdan Wasiutyński, der Roman Dmowski nahestand, veröffentlichte 1920 das Buch *Die Entjudung der Städte und Städtchen (Odzydzenie miast i miasteczek)*. Dabei berief er sich auf eine Berechnung aus dem Jahr 1856, nach der 2006 in Polen genauso viele Juden wie Polen leben würden.⁷² Juden waren für Wasiutyński die gefährlichsten Feinde Polens. Er behauptete, dass sie durch vermögende und einflussreiche Juden aus den USA unterstützt würden und dass sie sich jederzeit mit anderen Feinden Polens gegen die polnische Nation verbünden könnten.⁷³

⁷⁰ Artur Eisenbach, Wstęp, in: Emanuel Ringelblum, Stosunki polsko-żydowskie w czasie drugiej wojny światowej. Uwagi i spostrzeżenia, Warszawa 1988, S. 8–10.

⁷¹ F.R. rolnik nadwiślański, Kanalizacja miasta Warszawy jako narzędzie judaizmu i szarlatanerii. W celu zniszczenia rolnictwa polskiego oraz wytępienia ludności słowiańskiej nad Wisłą, Krakau 1900.

⁷² Bohdan Wasiutyński, *Odzydzenie miast i miasteczek*, Warszawa 1920, S. 5.

⁷³ Ebenda, S. 14.

Des Weiteren argumentierte Wasiutyński, dass diejenigen polnische Städte am meisten von der „jüdischen Dominanz“ betroffen gewesen seien, in denen Juden als Geschäftsmänner, Ärzte, Händler und Anwälte gearbeitet und dadurch den sozialen Aufstieg ethnischer Polen verhindert hätten. Als Lösung schlug er vor, die Juden aus den Städten zu vertreiben. Dabei behauptete er, sich an der preußischen Politik im Kaiserreich zu orientieren und verwies auf die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur von West-, Zentral- und Ostpolen. Wasiutyński argumentierte, dass die „Verjudung der polnischen Städte“ gegen die „Unabhängigkeit Polens“ gerichtet sei. Damit Polen in den Städten sozial aufsteigen könnten, müssten sie die „einzigen Herren in [ihren] Städten“ sein.⁷⁴

Während Wasiutyński die Idee der „Entjudung“ der polnischen Städte in einer Broschüre zur Sprache brachte, versuchten andere sie praktisch umzusetzen. In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1936 organisierte eine Gruppe von 150 Anhängern der SN unter der Leitung von Adam Doboszyński einen Marsch nach Mysłenice, um die Stadt von den Juden zu „befreien“. Bei der Aktion, die Mussolinis Marsch auf Rom zum Vorbild hatte, attackierten die Nationalisten jüdische Geschäfte, entwaffneten die Stadtpolizei, zerstörten das Haus des Starosten und versuchten, die Synagoge niederzubrennen.⁷⁵ Ähnliche Aktionen, die gegen Juden oder ihre vermeintliche Dominanz gerichtet waren, fanden zwischen 1935 und 1937 in vielen anderen polnischen Kleinstädten statt.⁷⁶

Der Antisemitismus in den Städten war nicht nur eine Phobie, von der pathologische Antisemiten und Faschisten oder radikale Nationalisten betroffen waren. Polnische Kommunalbeamte, die keinen radikalen Gruppierungen angehörten, sondern zuerst mit der Sanacja und später dem OZN sympathisierten oder ihnen angehörten, teilten ebenfalls antisemitische Ansichten. Im Gegensatz zu gewalttätigen jungen Nationalisten verprügelten sie Juden nicht auf der Straße oder schlugen Fensterscheiben ein, sondern diskriminierten sie mithilfe der Verwaltung. Der Bürgermeister von Otwock beispielsweise erlaubte Anna Nusfeld, die 1938 Calel Perechodnik heiratete, nicht, ein zweites Kino in der Stadt zu eröffnen, obwohl die Stadt davon profitiert hätte. Ihr Mann, der in Frankreich studiert hatte, wurde nach dem Studium ebenso wie viele seiner Kollegen mit einem Gymnasial- oder Universitätsabschluss nicht in die polnische Armee eingezogen, weil er wegen seines Abschlusses Anspruch auf einen Offiziersrang gehabt hätte und polnischen Soldaten Befehle hätte erteilen können.⁷⁷

⁷⁴ Ebenda, S. 5, 13–14.

⁷⁵ Nasz Przegląd, 25.6.1936. Siehe auch Polonsky, *The Jews in Poland and Russia, 1914–2000*, S. 147.

⁷⁶ Jolanta Żyndul, *Zajścia antyżydowskie*.

⁷⁷ Calel Perechodnik, *Czy ja jestem mordercą?* Warszawa 1995, S. 14–15.

Das Beispiel Warschau zeigt, dass bestimmte Formen des Antisemitismus bereits in den 1920er Jahren, vor dem Aufstieg des OZN in der Stadtverwaltung verbreitet waren, als zunächst die Endecja und ab 1934 die Sanacja die Mehrheit der Sitze im Stadtparlament hatte. Sowohl zionistische als auch sozialistische jüdische Kommunalpolitiker kritisierten Ende der 1920er Jahren den Warschauer Magistrat dafür, dass er keine Juden in der Stadtverwaltung einstellte.⁷⁸ Der kommissarische Bürgermeister der Sanacja, Stefan Starzyński, der Warschau ab August 1934 verwaltete, revidierte die judenfeindliche Politik der Stadtverwaltung nicht. Dem Motto „Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Rationalisierung“ (celowość, oszczędność i racjonalizacja) folgend, kümmerte sich Starzyński nicht um das überwiegend von Juden bewohnte Viertel Muranów, sondern modernisierte stattdessen den Stadtteil Żoliborz, in dem Beamten, Angehörige der Intelligenz und Politiker lebten. Starzyńskis Politik führte zur weiteren Verarmung und Verschlechterung der Lebensqualität der Juden in Warschau. Als der BBWR im Oktober 1935 nach Pilsudskis Tod im Mai 1935 aufgelöst und Ende Februar 1937 das OZN gegründet wurde, schloss sich Starzyński diesem an. Ein am 16. August 1938 durch den Sejm verabschiedendes Gesetz über die Grundlagen der Stadtverwaltung Warschau weitete die Kompetenzen des Stadtpräsidenten und des Magistrats gegenüber dem Stadtrat noch weiter aus.⁷⁹

Starzyński setzte in Warschau die antisemitische Politik des OZN so rigoros um, dass jüdische Organisationen während seiner Amtsperiode noch weniger materielle Zuwendung erhielten als zur Zeit der Endecja.⁸⁰ Er vertrat sogar die Auffassung, dass die Endecja die Juden in Warschau protegiert hätte. Starzyńskis rigorosen Sparmaßnahmen trafen mehrere jüdische Organisationen und Vereine. Er ließ unter anderem das Waisenhaus in der Płocker Straße in ein viel kleineres Haus in der Leszno Straße umziehen, weil das Gebäude in der Płocker Straße „zu schön und zu luxuriös für jüdische Kinder“ gewesen sei, wie die Zeitung *Nasz Przegląd* berichtete.⁸¹ Die Historikerin Hanna Kozińska-Witt schrieb, dass Starzyński „eine neue Art, mit der jüdischen Bevölkerung umzugehen“ erfand. Da er autoritär handelte, missachtete er die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung in einem bis dahin unbekannten Ausmaß und ignorierte die Proteste der jüdischen Stadtverordneten und des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Jakub Trokenheim. Für das gesparte Geld erweiterte er bestehende Krankenhäuser und modernisierte Stadtviertel wie Żoliborz, in dem überwiegend polnische Beamten lebten. 1938 lie-

78 Kozińska-Witt, Jüdische Stadtdeputierte, S. 192–193.

79 Ebenda, S. 194–195, 200, 202, 203.

80 Ebenda, S. 216–217.

81 Ebenda, S. 241–243.

ße er binnen weniger Monate Häuser im jüdischen Viertel Muranów abreißen, um eine Verbindungsstraße zwischen Żoliborz und dem Hauptbahnhof zu bauen.⁸²

Wie in anderen Stadtparlamenten verschärfte sich vor dem Zweiten Weltkrieg der Ton der Verhandlungen auch im Warschauer Stadtrat. Im Mai 1939 kritisierte der jüdisch-sozialistische Bund den Entwurf des Haushaltsplans scharf, weil er die Wohlhabenden und ihre Stadtviertel favorisierte und die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung und armen Schichten ignorierte. Der Ton des jüdischen Abgeordneten Emanuel Ehrlich verärgerte den Deputierten des Nationalradikalen Lagers (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR) Pączkowski so sehr, dass er die Schließung der jüdischen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bzw. deren Übergaben an die jüdische Konfessionsgemeinde forderte.⁸³

Der antisemitische Ton polnischer Kommunalbeamten überstand sogar die Besatzungszeit. Kazimierz Reczyński, der während der Besatzung das Wohnungsamt der Stadtverwaltung Warschau leitete, griff Juden noch nach dem Zweiten Weltkrieg in seinen Erinnerungen an. Wie andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung verteidigte er die Handlungen der Stadtverwaltung vor den Angriffen amerikanischer Juden, die er pejorativ als *żydlaki* (Itzigen) bezeichnete.⁸⁴ Eine ähnliche Einstellung gegenüber Juden vertrat nach dem Krieg der Besatzungsbürgermeister von Warschau Julian Kulski, der bis 1939 Starzyńskis Vertreter gewesen war und mit ihm die kommunale Politik in Warschau gestaltet hatte. Er marginalisierte den polnischen Antisemitismus während der Besatzung und stellte die Rettung von Juden durch Polen als ein Massenphänomen dar.⁸⁵

Von zentraler Bedeutung für den polnischen Antisemitismus war die katholische Kirche und das Verhalten polnischer Priester. Da fast alle Polen Katholiken waren, sollte der Einfluss von Religion und Kirche in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Die Kirche in Polen, ähnlich wie in anderen Ländern, hielt Juden für eine andere Glaubensgemeinschaft, die den Katholiken keineswegs gleichgestellt oder wohlgesinnt war. Der im Neuen Testament eingeschlossene Antisemitismus wurde durch die Kirche nicht hinterfragt, sondern durch polnische Priester auch politisch benutzt, um Juden anzugreifen und die katholische Gemeinschaft zu verfestigen. Die katholisch-antisemitische Zeitschrift *Mały Dziennik*, die der Franziskaner Maximilian Kolbe in einer Auflage von 200.000 Exemplaren herausgab, erreichte sehr viele Leser in den Städten wie auf dem Land und prägte die Einstellung vieler Polen gegenüber den Juden. Kolbes Zeitschrift war nur eins

⁸² Ebenda, S. 244–247.

⁸³ Ebenda, S. 249.

⁸⁴ Kazimierz Reczyński, APW, Zbiór Rękopisów, Bd. 748, Bl. 13.

⁸⁵ Kulski, Z minionych lat życia, S. 336–339.

von vielen Blättern, die bis zum Zweiten Weltkrieg erschienen, und die Wahrnehmung und Weltanschauung katholischer Polen prägten.⁸⁶

Die katholische Kirche nahm auch Einfluss auf die Kommunalpolitik, weil viele polnische Stadtdeputierte praktizierende Katholiken waren und weil Priester in Stadträten saßen. 1929 kommentierte die polnisch-jüdische Zeitung *Nasz Przegląd* eine verbale Auseinandersetzung zwischen dem Priester Adam Wyrębowski und der jüdischen Bildungsexpertin Ruchla-Rajza Szejn. Dadurch zeigte die Zeitung, wie Juden von Priestern in Stadträten angegriffen wurden und wie jüdische Stadtdeputierte diese Angriffe abwehrten.⁸⁷

Die Idee, Juden aus den polnischen Städten zu vertreiben, war auch unter polnischen Staatspolitikern verbreitet. Nach Pilsudskis Tod suchten polnische Regierungen aktiv nach einer kolonialen Lösung für die „jüdische Frage“. Da ihre Pläne den Ideen einiger zionistischer Organisationen entgegenkamen, wurden sie von jüdischen Politikern wie Jitzchak Gruenbaum unterstützt, der in Polen das Block der Nationalen Minderheiten leitete und 1932 nach Palästina emigrierte. Auch Wladimir Jabotinsky, der die zionistische Bewegung militarisierte, unterstützte diese Ideen. Obwohl der polnische Außenminister Józef Beck und andere Politiker sich sehr aktiv um eine koloniale „Lösung“ der polnischen „Judenfrage“ bemühten und nach einem konkreten Lebensort in Afrika, Australien und Südamerika suchten, scheiterten diese Pläne an ihrer Undurchführbarkeit und ideologischem Größenwahn. Für ihre Umsetzung fehlten nicht nur Ressourcen, sondern auch die Zustimmung der potentiellen Zielländer. Hinzu kam, dass Inseln wie Madagaskar, an der die polnische Regierung besonderes Interesse zeigte, wegen ihres Klimas und ihrer Infrastruktur für die Umsiedlung einer größeren Zahl von Menschen nicht geeignet waren. Trotzdem schickte das polnische Außenministerium Kommissionen dorthin und in andere Teile der Welt, um einen Lebensort für polnische Juden zu finden und dadurch die polnischen Städte zu „entjuden“.⁸⁸

Wenig weist darauf hin, dass der Antisemitismus im urbanen Raum während der Besatzungszeit an Virulenz verlor. Efroim Fischel Schön, der im Winter 1939 in

86 Joanna Michlic, *Poland's Threatening Other. The Image of the Jew from 1880 to the Present*, Lincoln 2009, S. 82–85; Emanuel Melzer, *Antisemitism in the Last Years of the Second Polish Republic*, in: Ysrael Gutman (Hrsg.), *The Jews of Poland between Two World Wars*, Hannover 1989, S. 134–137; Ronald Modras, *The Catholic Church and Antisemitism. Poland, 1933–1939*, Amsterdam 2000; Viktoria Pollmann, *Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die „jüdische Frage“ in Polen anhand der Bistumspresse der Metropole Krakau 1926–1939*, Wiesbaden 2001.

87 *Debata żydowska w Radzie Miejskiej*, in: *Nasz Przegląd* 27 (1929), S. 13, Übersetzung in: Kozłńska-Witt, *Jüdische Stadtdeputierte*, S. 229–230.

88 Emanuel Melzer, *No Way Out. The Politics of Polish Jewry, 1935–1939*, Tel Aviv 1997, S. 132–137; Brechtken, „Madagaskar für die Juden“, S. 106–114, 138, 163–164; Trębacz, *Nie tylko Palestyna*, 2018.

Golkowice erfor, wurde im Sommer 1940 aufgefunden und auf einem naheliegenden christlichen Friedhof begraben. Ein Jahr später musste sein Bruder Ichel Chel Schön den Kreishauptmann von Nowy Sącz um Erlaubnis bitten, Efroim auf einem jüdischen Friedhof bestatten zu dürfen. Als Grund für die Umbettung nannte er die Einstellung der Bewohner des Ortes gegenüber dem Verstorbenen. „Die arische Bevölkerung in Golkowice“, schrieb Ichel „fühlt sich dadurch in ihren Religions[-] und Rassegefühlen beleidigt und fordert die Wegschaffung der Leiche [meines Bruders]“.⁸⁹

Kommunalpolitische Machtverhältnisse, Kontakte und Diskriminierung

Ähnlich wie christliche Polen hatten auch Juden im polnischen Staat ein breites Spektrum von politischen Parteien, das von der orthodoxen Aguda über den sozialistischen Bund bis zu den Zionisten und den faschisierenden Anhängern Wladimir Jabotinskys reichte. Jüdische Parteien waren sowohl in der Staats- als auch der Kommunalverwaltung sehr aktiv. Obwohl das Spektrum der jüdischen Parteien in größeren Städten wie Warschau, Krakau, Lublin oder Tschenstochau noch breiter war, stellten auch in kleinen Städten in der Regel mehr als drei jüdische Parteien Kandidaten bei Wahlen auf. Wegen der Zersplitterung und Diversität des politischen Lebens polnischer Juden, nahmen an den Stadtratswahlen fast immer mehr jüdische als polnische Parteien teil. Manchmal verbanden sich jüdische Parteien oder kooperierten informell miteinander, um jüdische Interessen zu verteidigen. Grundsätzlich rivalisierten sie aber oft. Im Stadtrat schlossen sie Koalitionen nicht nur mit anderen jüdischen, sondern auch mit nichtjüdischen Parteien. Dazu zählten vor allem andere Minderheitsparteien und während der Regierungsperiode der Sanacja vor allem regierungstreue Gruppierungen. Darüber hinaus kandidierten konvertierte und assimilierte jüdische Kommunalpolitiker als Mitglieder „nicht-jüdischer“ Parteien oder Koalitionen wie des BBWR für den Stadtrat.⁹⁰

Als die Sanacja 1934 auf der lokalen Ebene den Höhepunkt ihrer Macht erreichte, machten Juden 25 Prozent aller Stadträte im ehemaligen Kongresspolen und in Galizien aus. Das war möglich, weil Räte in öffentlichen Wahlen gewählt

⁸⁹ Überführens der Leiche, 4.6.1941, ANNS, SPNS, Bd. 49, Bl. 69.

⁹⁰ Rafał Żebrowski, *Żydowska gmina wyznaniowa w Warszawie 1918–1939. W kręgu polityki*, Warszawa 2012, S. 31; Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, Bd. 3, S. 66–97; Gertrud Pickhan, *Gegen den Strom. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund „Bund“ in Polen 1918–1939*, München 2001.

wurden.⁹¹ Gleichzeitig existierten in Polen Städte, die keine jüdischen Räte hatten und keine Juden in der Stadtverwaltung einstellten. Laut einer Umfrage von 1935 arbeiteten in 159 von 302 Stadtverwaltungen keine Juden. Diese verfassungswidrige Praxis war als *numerus nulus* bekannt und unter anderem in Ostpolen verbreitet. Deshalb war kein einziger Jude bei der Stadtverwaltung in Skidel eingestellt, obwohl Juden dort 76 Prozent der Ortsbevölkerung ausmachten, und ebenso in Wysokie Litewskie und Dombrowica, wo ihr Bevölkerungsanteil über 90 Prozent der Bevölkerung ausmachte.⁹²

Wie die Regierung in die Kommunalpolitik eingriff, lässt sich gut am Beispiel Warschaws zeigen. Die ersten Wahlen zum Stadtrat in Warschau 1919 gewann die Nationaldemokratie (Endecja), gefolgt von verschiedenen sozialistischen Parteien. Obwohl der Stadtrat aufgrund seiner politischen Zersplitterung wenig effektiv war, wurde er erst 1927 aufgelöst. Die ersten Stadtratswahlen nach Piłsudskis Machtergreifung gewannen erneut die Nationaldemokraten, was zu Erbitterung in der Sanacja-Regierung führte. Um den unliebsamen Stadtrat kontrollieren zu können, kürzte ihm die Regierung finanzielle Mittel, initiierte eine Diffamierungskampagne und stellte einen linientreuen Regierungskommissar für die Hauptstadt Warschau ein. 1934 löste die Regierung den Stadtrat schließlich auf, stellte den kommissarischen Stadtpräsidenten Stefan Starzyński ein und installierte einen provisorischen Stadtrat, der aus regierungstreuen Beamten bestand und nur beratende Kompetenzen hatte. Starzyński behielt das Amt des Stadtpräsidenten bis zum Zweiten Weltkrieg und konnte die Politik des Innenministeriums in der Hauptstadt umsetzen.⁹³

In Krakau, das in Westgalizien lag, mussten nach dem Ersten Weltkrieg keine neuen Selbstverwaltungsstrukturen wie im ehemaligen Kongresspolen geschaffen oder wie in der Provinz Posen polonisiert werden. Die Kommunalverwaltung war dort bereits seit 1867 weitestgehend polnisch und wies sogar demokratische Züge auf. In den ersten Wahlen zum Krakauer Stadtparlament 1919 gingen deshalb die meisten Sitze nicht wie in Warschau oder Posen an die Nationaldemokraten, sondern an liberal-konservative Kommunalpolitiker. Im Gegensatz zum Sejm saßen im Krakauer Stadtparlament nur wenige Vertreter „moderner“ Parteien, zu denen die Nationaldemokraten, Sozialisten und Christdemokraten zählten.⁹⁴ Dieser Stadt-

⁹¹ Mahler, *Jews in Public Service*, S. 307.

⁹² Ebenda, S. 307.

⁹³ Kozińska-Witt, *Stadträte und polnische Presse*, S. 289–291; diesel., *Jüdische Stadtdeputierte*, S. 195.

⁹⁴ Hanna Kozińska-Witt, *Lokale Arena der Aushandlung und der Kompromiss-schließung? Juden und Nicht-Juden im Krakauer Stadtparlament*, in: Mathias Beer / Stefan Dyroff (Hrsg.), *Politische Strategien nationaler Minderheiten in der Zwischenkriegszeit*, München 2013, S. 119–120.

rat wurde erst 1931 aufgelöst. Der 1933 gewählte Stadtrat bestand wie in vielen anderen Städten zu dieser Zeit mehrheitlich aus Anhängern der Sanacja. 1933 wurde der konvertierte Jude Mieczysław Kaplicki (1875–1959), der Piłsudski nahestand, zum Stadtpräsidenten gewählt und behielt dieses Amt bis Februar 1939.⁹⁵

Kaplicki wurde in Wietrzychowice bei Tarnów als Maurycy Kapellner geboren. Den Namen „Kaplicki“ nahm er erst 1926 an. Seine Karriere verlief für einen assimilierten Juden in Galizien relativ typisch. Als Student der Medizin in Krakau und Wien engagierte er sich in der sozialistischen Bewegung. 1896 gründete er die Zeitschrift *Prawo Ludu* (*Das Recht des Volkes*) mit, das Blatt der Galizischen Sozialistischen Partei (Galiczyjska Partia Socjaldemokratyczna). Seit 1899 leitete er die demokratische Studentenorganisation Zjednoczenie (Vereinigung) und avancierte anschließend zu einem führenden Politiker der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens (Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska). Im Ersten Weltkrieg diente er in den Polnischen Legionen als Arzt, wofür er unter anderem mit dem Kreuz Virtuti Militari und dem Orden Polonia Restituta ausgezeichnet wurde. 1926 schloss er sich dem Sanacja-Lager und 1927 dem BBWR an. Als Mitglied des BBWR wurde er auch zum Bürgermeister von Krakau gewählt.⁹⁶

Kaplicki war keineswegs der einzige Jude, der im Krakauer Stadtparlament und der Stadtverwaltung wirkte. Als galizische Stadt erbte Krakau die Tradition des jüdischen Vizebürgermeisters -bzw. Präsidenten aus der Habsburgerzeit, die dort seit 1906 bestand. Dieser war jedoch nach dem Ersten Weltkrieg vielen Kommunalpolitikern ein Dorn in Auge. In Krakau und anderen galizischen Städten erfüllte der jüdische Vizebürgermeister traditionell eine wichtige repräsentative und administrative Funktion. Er zog „für die Zeremonien einen schwarzen altpolnischen Adelsorberock“ an, mit dem er die Verbundenheit der Juden mit dem polnischen Volk signalisierte. Das nahmen Zeitgenossen wie der Schriftsteller Józef Wittlin deutlich war. Als der jüdische Vizepräsident von Krakau Józef Sare, der sein Amt bereits in der galizischen Zeit bekleidet hatte, 1929 verstarb, wollten die Nationaldemokraten diese Stelle mit einem eigenen Kandidaten besetzen. Das gelang ihnen jedoch nicht. Der Stadtpräsident Karol Rolle setzte die Tradition fort, indem er Ignacy Landau zum Vizepräsidenten ernannte. Als Landau 1934 verstarb, brach erneut Streit um die Besetzung des symbolträchtigen Postens aus. Piłsudskis Tod und die Uneinigkeit im Sanacja-Lager führten dazu, dass das Amt aufgegeben wurde. Etwa zur selben Zeit wurden mehrere andere Juden aus der Krakauer Stadtverwaltung entlassen. Den endgültigen Beschluss, die Stelle des Vizestadtprä-

⁹⁵ Kozińska-Witt, Stadträte und polnische Presse, S. 296.

⁹⁶ Józef Buszko, Mieczysław Kaplicki 1875–1959, in: Emanuel Rostworowski (Hrsg.), *Polski Słownik Biograficzny*, Bd. 11, Wrocław, 1964–1965, S. 631–632.

sidenten nicht mehr zu besetzen, traf die Regierung in Warschau. Stadtpräsident Kaplicki empfand das als einen großen Verlust. Zum Ausgleich ließ er den Posten eines Beisitzers mit dem Zionisten Juda Zimmermann besetzen.⁹⁷

Posen war ein krasser Gegensatz zu Krakau, was unter anderem auf den in der Stadt verbreiteten Antisemitismus und die deutsche Geschichte zurückzuführen ist. Während in Krakau lokale Politiker das Aufkommen der Endecja verhinderten, was die Verbreitung des Antisemitismus schwächte, wurde die Posener Stadtverwaltung von den Nationaldemokraten buchstäblich übernommen. Obwohl Posen im Zweiten Weltkrieg kein Teil des GG war, sondern in das Dritte Reich eingegliedert wurde, hatten die starken antisemitischen Ressentiments in der Stadtverwaltung und Bevölkerung in Posen und anderen westpolnischen Städten Einfluss auf die Entwicklungen im GG. Ein wichtiger Grund dafür war, dass polnische Bürgermeister und andere Mitarbeiter der Stadtverwaltungen aus den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten in das GG deportiert wurden und dort in der Kommunalverwaltung arbeiteten.⁹⁸

Bei den ersten Posener Stadtratswahlen 1921 behauptete die Endecja, dass das Pilsudski-Lager seine Anhänger aus Juden und Deutschen rekrutierte, obwohl in Posen fast keine Juden lebten. Die Nationaldemokraten gewannen zwar die Wahlen, konnten aber nicht alle Posten besetzen. Gewählt wurden auch ihre Gegner: Kommunisten, Deutsche und Juden. Der nationaldemokratisch dominierte Stadtrat entfaltete seine antisemitische und nationalistische Politik trotzdem fast uneingeschränkt. 1922 weigerte er sich die Ermordung des Präsidenten Gabriel Narutowicz zu verurteilen und ihm die letzte Ehre zu erweisen. Die Posener Nationaldemokraten argumentierten, dass dies nicht zur Aufgabe des Stadtrates gehöre, weil dieser kein politisches Organ sei. Gleichzeitig versuchte jedoch die nationaldemokratische Majorität des Stadtrates die Stadt zu „degermanisieren“ bzw. zu polonisieren. Zu den ergriffenen Maßnahmen zählte, Juden aus Großpolen zu vertreiben und die Ansiedlung neuer Juden in der Burg des Polentums an der Warthe zu verhindern.⁹⁹

Als bei den Wahlen 1925 deutlich mehr Wähler für die Sozialisten und Kommunisten stimmten als noch 1921, spitzte sich die Situation im Posener Stadtrat weiter zu. Die nationaldemokratischen Deputierten machten die „Judenfrage“ zum Hauptthema vieler Sitzungen, obwohl die Posener Juden nicht einmal ein Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten. Nach antijüdischen Ausschreitungen, zu denen es in Posen immer wieder kam, zahlte der Magistrat zwar Entschädigung

⁹⁷ Kozińska-Witt, Lokale Arena der Aushandlung, S. 117–129.

⁹⁸ Siehe dazu Kapitel III und V.

⁹⁹ Kozińska-Witt, W stolicy „strefy nieosiedlania“, S. 172–175; Anna Moskal, Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945, Wiesbaden 2013.

gen an die Opfer, aber verurteilte weder die Pogrome noch stellte die Täter vor Gericht.¹⁰⁰ Bei den Wahlen von 1933 und 1938 erhielt die *Endecja* über 50 Prozent der Stimmen und konnte fortan den Stadtrat und die Kommunalpolitik kontrollieren. Unter anderem benannte sie den Freiheitsplatz (*plac Wolności*) zum Roman Dmowski-Platz um, forderte die „Entjudung der polnischen Kultur“ und debattierte über die Notwendigkeit jüdischer Umsiedlungen. Das Wort „Jude“ wurde in der Rhetorik des Posener Stadtrats zu einem regelrechten Schimpfwort. Die national-demokratischen Räte benutzten es, um ihre Gegner zu diffamieren.¹⁰¹

Die politischen Konstellationen divergierten in kleineren und mittelgroßen Städten ebenso stark voneinander wie in Warschau, Krakau und Posen. Viele lokale Faktoren wie die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung, Aktivitäten von Parteien oder die Traditionen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg entschieden darüber, wer zum Bürgermeister, Vizebürgermeister und Beisitzer gewählt wurde und wie sich die Kommunalpolitik in diesen Städten entwickelte. Der erste Präsident in Kielce, Mieczysław Łukasiewicz, der bei seinem Amtsantritt gerade 32 Jahre alt war, vertrat nationale Ansichten und bemühte sich in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Regierung darum, Mittel für die Verlegung der Kanalisation zu beschaffen. Aus unbekannten Gründen beging er im achten Jahr seiner Amtszeit Selbstmord.¹⁰² Sein Nachfolger Paweł Gettel gehörte dem *Sanacja*-Lager an, das jedoch nur zwei Vertreter im Stadtrat hatte. Gettel wurde aufgrund seiner Qualifikationen und der Unterstützung der Regierung gewählt. Er brachte das begonnen Kanalisationsprojekt voran aber verlor das Vertrauen des Stadtrats, als er den BBWR in den Wahlen zum Parlament unterstützte. 1929 zwang der Stadtrat Gettel sein Amt niederzulegen, weil er sich von dem Präsidenten permanent umgangen und ignoriert fühlte.¹⁰³ Nach seiner Entlassung wurde Gettel zum Direktor des Warschauer Hauptversicherungsamtes (*Główny Urząd Ubezpieczeń*) ernannt. Sein Nachfolger Roman Cichowski, der als Stadtpräsident bis März 1934 amtierte, gehörte keiner Partei an, sympathisierte aber mit den Nationaldemokraten. Weil er die Stadt in eine schwierige finanzielle Lage hineinmanövrierte, wurde der Stadtrat im März aufgelöst, Cichowski entlassen und die Stadt einige Monate lang kommissarisch durch den Starost Stanisław Porembski verwaltet. Im September 1934 wurde der der *Sanacja* nahestehende, 71-jährige Apotheker Stefan Artwiński

¹⁰⁰ Kosińska-Witt, *W stolicy „strefy nieosiedlania“*, S. 176–179.

¹⁰¹ Ebenda, S. 180–189.

¹⁰² Wolańczyk, *Prezydenci Kielc w latach 1918–1939*, in: *Przeniosło* (Hrsg.), *Z dziejów samorządu*, S. 152–155.

¹⁰³ Ebenda, S. 155–159.

zum Präsidenten gewählt, obwohl ihm die notwendigen Qualifikationen dazu fehlten.¹⁰⁴

In Węgrów gestaltete sich die Kommunalpolitik anders als in Kielce, weil in dieser Kleinstadt in der Wojewodschaft Warschau mehr Juden als Polen lebten. Während Juden in Kielce 1921 37,7 Prozent und 1931 31,4 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten, waren es in Węgrów 1921 über 60 Prozent.¹⁰⁵ Aus diesem Grund dominierten jüdische Deputierte den Węgrówer Stadtrat. 1919 und 1928 wurden jeweils 10 Christen und 14 Juden in den Stadtrat gewählt. Węgrów hatte aber weder einen jüdischen Bürgermeister noch einen Vizebürgermeister, sondern lediglich jüdische Beisitzer. In der Regel waren zwei von drei der Węgrówer Beisitzern Juden. Bei den regelmäßigen Auseinandersetzungen zwischen polnischen und jüdischen Räten stellten sich der Bürgermeister und sein Vertreter überwiegend auf die Seite der christlichen Polen.¹⁰⁶

In Żelechów, einer kleinen Stadt zwischen Warschau und Lublin, in der 1939 9.500 Personen lebten, davon 5.530 Juden, waren ebenso zwei von drei Beisitzern Juden. Der Bürgermeister Ludwik Pudło und sein Vertreter Władysław Domański waren christliche Polen.¹⁰⁷ Ähnlich war es in der Kleinstadt Koźienice, die ebenso wie Węgrów, Żelechów und Kielce vor 1914 im ehemaligen Kongresspolen gelegen hatte. Dort machte der jüdische Bevölkerungsanteil über 50 Prozent aus und Juden bekleiden wie in Węgrów ebenfalls zwei von drei Beisitzerposten. Einen jüdischen Bürgermeister oder Vizebürgermeister hatte Koźienice nicht.¹⁰⁸

In Städten mit einem hohen jüdischen Bevölkerungsanteil wie Koźienice oder Węgrów wurden Juden auch deshalb nicht zu Bürgermeistern gewählt, weil die jüdischen Parteien im Stadtrat keine Stimmenmehrheit hatten. Das hing einerseits mit der generell niedrigen Wahlbeteiligung der jüdischen Einwohner zusammen, und andererseits damit, dass sie auch jüdische Kandidaten polnischer Parteien und Gruppierungen wie des regierungsnahen BBWR wählten.¹⁰⁹ Juden konnten sich in den Stadträten auch deshalb nicht durchsetzen und ihre Interessen verteidigen, weil jüdische Parteien häufig untereinander zerstritten waren oder weil jü-

104 Ebenda, S. 155–159; dersel., *Prezydenci Kielc 1919–1950*, Kielce 2018.

105 Arkadiusz Kołodziejczyk, *Ludność, urzędy i władze powiatu węgrowskiego w latach 1918–1939*, in: Arkadiusz Kołodziejczyk / Tadeusz Swata (Hrsg.), *Węgrów. Dzieje miasta i okolic w latach 1441–1944*, Węgrów 1991, S. 243.

106 Das Amt des Bürgermeisters in Węgrów hatte von 1919 bis 1923 Czesław Matuszewicz inne, von 1923 bis 1929 Jan Wangrat, von 1929 bis 1932 Stanisław Krajewski und von 1932 bis 1939 Jan Kuta. Siehe Kołodziejczyk, *Ludność, urzędy i władze*, S. 249.

107 *Posiedzenie Magistratu m. Żelachowa*, 3.4.1939, APO, AMŻe, Bd. 3, Bl. 536.

108 Marcin Urynowicz, *Żydzi w samorządzie miasta Koźienice w okresie międzywojennym 1919–1939*, Warszawa 2003, S. 26, 59.

109 Gontarek, *Żydzi Mińska Mazowieckiego*, S. 345–346.

dische Stadträte Koalitionen mit polnischen Abgeordneten eingingen. In der Stadt Mińsk Mazowiecki beispielsweise verbündeten sich bei der Abstimmung im Stadtrat um die Magistratsposten einerseits die jüdischen Zionisten mit der polnischen Endecja, und andererseits die polnische Sanacja mit den orthodoxen Juden.¹¹⁰

Da die Treffen des Stadtrats nach dem christlichen und nicht dem jüdischen Kalender anberaumt wurden, konnten jüdische Räte aus religiösen Gründen manchmal nicht an den Sitzungen teilnehmen.¹¹¹ Der Anteil von Juden sank deshalb nicht nur im Stadtrat, sondern auch in den Fachkommissionen, die für die Stadtverwaltung arbeiteten.¹¹² In Mińsk Mazowiecki mussten neu gewählte Räte außerdem eine polnische Sprachprüfung bestehen. Obwohl diese Maßnahme dafür gedacht war, jüdische Räte auszuschließen, fielen auch polnische Nationalisten und Politiker der Sanacja durch die Prüfung.¹¹³

Jüdische Stadträte wurden von ihren polnischen Kollegen nicht immer als gleichwertige Partner betrachtet und entsprechend herablassend behandelt. Das resultierte aus der rassistischen Überzeugung, dass der Staat den ethnischen Polen gehörte und Juden sowie alle anderen Minderheiten nur als Gäste dort lebten. Jüdische Ratsherren reagierten verschieden auf diese Diskriminierungen. Während einige das Verhalten ihrer polnischen Kollegen widerspruchslos hinnahmen, protestierten andere dagegen und hinterfragten dieses verfassungswidrige Verhalten. Juden bekämpften den Antisemitismus im Stadtrat, ähnlich wie auf den Straßen. Die letzten Wahlen zum Kozienicer Stadtrat im April 1939 fanden jedoch ohne jüdische Beteiligung statt. Weil der Stadtrat mit dem OZN ein Abkommen getroffen hatte, nach dem nur drei Ratsherren in Koziencice Juden sein durften, stellten die Kozienicer Juden aus Protest gegen diese verfassungswidrige Regelung keine Kandidaten auf und boykottierten die Wahl.¹¹⁴ Aus ähnlichen Gründen protestierten jüdische Kommunalpolitiker im Mai 1939 gegen die Diskriminierung jüdischer Kandidaten in den Stadtratswahlen in Piaseczno. Der Starost Franciszek Godlewski lehnte jedoch ihre verfassungsrechtliche Argumentation ab.¹¹⁵

Die Situation zwischen Polen und Juden in der Stadtverwaltung war in einigen Städten bereits angespannt, als die Sanacja noch an der Macht war. Davon zeugt unter anderem ein amtliches Plakat vom Dezember 1933 aus Łuków. Darauf gab der Bürgermeister Antoni Stilkr allgemein bekannt, dass er gegen Feliks Kizeweter, Mojsie-Aron Wajntraub und Wincenty Cabaj juristisch vorgehen würde, weil

¹¹⁰ Ebenda, S. 346.

¹¹¹ Urynowicz, *Żydzi w samorządzie*, S. 68–69.

¹¹² Ebenda, S. 105.

¹¹³ Gontarek, *Żydzi Mińska Mazowieckiego*, S. 346.

¹¹⁴ Urynowicz, *Żydzi w samorządzie*, S. 154–155.

¹¹⁵ AMGM, AMPi, Bd. 2978, B. 5.

sie ihm während einer Sitzung mehrere Dinge unterstellt hätten, die seiner Auffassung nach unrichtig waren und beleidigend gewesen seien.¹¹⁶

Zu politischen Auseinandersetzung kam es nicht nur zwischen polnischen und jüdischen Abgeordneten, sondern auch innerhalb der jüdischen Fraktionen. Diese waren keine Ausnahme, sondern gehörten zum politischen Alltag. Sie wurden unter anderem in den Protokollen des Stadtrats von Grójec festgehalten, wo sich der Sozialist Rafael Klepfisz und der Zionist Natan Grynberg am 16. Mai 1929 vor anderen Räten gegenseitig beschimpften.¹¹⁷ Grójec, das auch als Shtetl Gritze bekannt war, war eine ländliche Kleinstadt bei Warschau. Vor dem Ersten Weltkrieg machten Juden dort über 70 Prozent der Bevölkerung aus. Bis 1939 sank ihre Zahl auf ca. 50 Prozent.¹¹⁸ Ähnlich wie in Kozienice und vielen anderen Kleinstädten, die überwiegend von Juden bewohnt waren, wurden Abgeordnete verschiedener jüdischer Parteien in den Stadtrat gewählt. Bei den Wahlen 1919 erhielten Juden zwar die Mehrheit der Sitze im Stadtrat, machten aber eine Minderheit im Magistrat aus.¹¹⁹

In Mińsk Mazowiecki, in dem 1934 neun Juden in den Stadtrat gewählt wurden, blockierten 1936 jüdische Stadträte den Bau einer polnischen Schule. Wie in anderen polnischen Städten verschlechterten sich die polnisch-jüdischen Beziehungen in Mińsk Mazowiecki kontinuierlich,¹²⁰ wozu 1937 der Starost Jan Gadowski beitrug, der während der Besatzungszeit Bürgermeister von Otwock war. Des Weiteren wirkte sich der Aufstieg des OZN keineswegs positiv auf die Beziehungen zwischen Juden und Polen aus. In Mińsk Mazowiecki sprach der Stadtrat am 23. Februar 1937 dem Führer des OZN Adam Koc seine unbegrenzte Loyalität aus, nachdem dessen Rede über den „kulturellen Verteidigungsinstinkt der polnischen Bevölkerung und ihrem natürlichen Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit“ im Radio übertragen worden war.¹²¹ Da die OZN-Mitglieder den Stadtrat bis zum Zweiten Weltkrieg dominierten, vergrößerte sich die Kluft zwischen Juden und Polen in Mińsk Mazowiecki weiter.¹²²

Der sozialistische und atheistische Bürgermeister von Przedbórz, Konstanty Kozakiewicz, beschrieb in seinem Tagebuch, wie 1939 der Starost Stefan Mydlarz, der dem SN nahestand, in seiner Stadt bei den Stadtratswahlen intervenierte. Er

116 Zawiadomienie, 11.12.1933, BN, Magazyn Druków Ulotnych DŻS IIIA 3.

117 APGr, Akta Miasta Grójca, Bd. 38, Bl. 109–112.

118 Remigiusz Matyjas, Powiat grójecki w okresie Drugiej Rzeczypospolitej. Studia i materiały, Kielce 2004, S. 17; Panz, Grójec, 19.

119 Matyjas, Powiat grójecki, S. 102

120 Gontarek, Żydzi Mińska Mazowieckiego, S. 354.

121 Ebenda, S. 356.

122 Ebenda, S. 357–359.

soll erzwungen haben, dass Juden nur 6 von 16 Stellen im Stadtrat besetzen durften, obwohl sie fast 70 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten. Mydlarz versuchte auch Druck auf Kozakiewicz auszuüben. Sein Ziel war, die Stelle des Ortsvorstehers mit dem lokalen Kandidaten des SN, Antoni Kularski, zu besetzen, der an der Universität Posen ein Studium der Rechtswissenschaften abgeschlossen hatte und im Alltag den faschistischen Gruß anwandte. Trotz Mydlarz' Interventionen und Manipulationen konnte der SN jedoch nicht die Mehrheit erlangen und die Stelle des Bürgermeisters mit einem Faschisten besetzen.¹²³

In dem Kurort Otwock, wo im Unterschied zu vielen anderen Kleinstädten die Zahl der jüdischen Einwohner in der Zwischenkriegszeit zunahm und vor dem Krieg 70 Prozent erreichte, wurde eine spezifische Rangordnung im Magistrat etabliert. Bei den Kommunalwahlen 1919 wurden 13 polnische und 11 jüdische Stadträte gewählt. Sie beschlossen, dass der Bürgermeister ein Pole und der Vizebürgermeister ein Jude sein sollte. Nach den nächsten Wahlen 1927, bei denen 15 Polen und 13 Juden Mandate erhielten, behielt man diese Rangordnung bei. 1934 fielen dem BBWR, in dem Polen und Juden vertreten waren, 16 von 26 Sitzen zu. Das rechtsnationale und regierungsnah OZN blieb offensichtlich wegen der Zunahme der jüdischen Bevölkerung in Otwock schwach. Bei den letzten Wahlen 1939 entfielen nur 7 von 26 Sitzen im Stadtrat auf das OZN.¹²⁴

Dass der Antisemitismus in der Kommunalpolitik präsent war, obwohl Juden sich gegenüber dem polnischen Staat loyal verhielten, zeigte Adam Puławski in seinen Studien über Cholm, einer kleinen Stadt in der Wojewodschaft Lublin. In Cholm machten 1931 Polen 46 Prozent, Juden 45 Prozent und Ukrainer knapp 8 Prozent der Stadtbevölkerung aus. Puławskis genaue Analysen zeigen, dass jüdische Stadtabgeordnete sich aktiv an der Arbeit der Stadtverwaltung beteiligten. Sie waren unter anderem in die Erstellung des Finanzplans involviert und unterstützten den Plan, die polnische Armee aufzurüsten.¹²⁵ Auf der Stadtratssitzung am 28. März 1939 beteuerten drei jüdische Abgeordnete des linken Flügels der Partei Poalej-Syjon, dass sie bereit wären, zusammen mit den Polen das Land zu verteidigen. Ihre Deklaration begannen sie mit den Worten: „In diesem Augenblick sollten wir das vergessen, was uns teilt und daran erinnern, was uns verbindet“.¹²⁶

Aufgrund des nicht geringen jüdischen Bevölkerungsanteils hatte die Cholmer Stadtverwaltung grundsätzlich viel mit den Angelegenheiten ihrer jüdischen

¹²³ Kozakiewicz, *Pamiętnik burmistrza miasta Przedborza*, S. 44–45.

¹²⁴ Marian Kalinowski, *Zarys dziejów miasta Otwocka*, Otwock 1996, S. 49–53.

¹²⁵ Adam Puławski, *Stosunki polsko-żydowskie w Chełmie w przededniu II wojny światowej*, in: *Rocznik Chełmski* 20 (2016), S. 114–115.

¹²⁶ APCh, AMCh, Bd. 248, Bl. 95.

Bürger zu tun, diskriminierte diese jedoch seit 1936 massiv.¹²⁷ Das wurde unter anderem bei den Stadtratswahlen vom Mai 1939 sichtbar. Ein Teil der jüdischen Kandidaten wurde zu den Wahlen nicht zugelassen, weil sie – so die offizielle Begründung – die polnische Sprache nicht ausreichend beherrschten. Diese Voraussetzung für Kandidaten wurde sehr sorgfältig bzw. übereifrig geprüft.¹²⁸ Weil in Cholm, wie in anderen Städten auch, Polen in der Regel nur Polen und Juden in der Regel nur Juden wählten, wurden bei diesen Wahlen im 3. Wahlbezirk nur Juden gewählt. Das verärgerte eine vom rechtsradikalen OZN dominierte Gruppe polnischer Wähler und Lokalpolitiker, die am 5. Juni 1939 ein Protestschreiben beim Lubliner Wojewoden einreichte. Sie verlangte die Wahlen im 3. Bezirk aufgrund niedriger Wahlbeteiligung und einer Überflutung, die sich am Wahltag in diesem Stadtteil ereignete, zu annullieren. Die Überprüfungscommission entschied zugunsten der Antragsteller, die Wahlen wurden allerdings wegen des Kriegsausbruchs nicht wiederholt.¹²⁹

In kleinen Städten Westpolens war die Endecja in den Stadtverwaltungen vertreten, aber brauchte in der Regel mehr Zeit als in Posen, um die Stadträte zu kontrollieren. In Birnbaum (Międzychód), das nah an der deutsch-polnischen Grenze lag, konnte die Endecja erst in den späten 1930er Jahren den Stadtrat dominieren. Die ersten Wahlen in Birnbaum im Jahr 1921 gewann die „bürgerliche Sammlung“, die sich aus Deutschen und Polen zusammensetzte. In darauffolgenden Wahlen fielen die meisten Stimmer der Sanacja zu. Jüdische Abgeordnete gab es im Birnbaumer Stadtrat nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr, weil fast alle Juden nach Deutschland ausgewandert waren. Diese Auswanderung hatte, ähnlich wie in anderen Städten der Provinz Posen, bereits nach der Revolution von 1848 begonnen und führte dazu, dass der Anteil der Juden in Birnbaum von 31 Prozent im Jahr 1830 auf fünf Prozent im Jahr 1900 sank.¹³⁰

Es ist nicht klar, warum Juden in Städten wie Otwock, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten und der Stadtrat überwiegend aus jüdischen Räten bestand, nicht zu Bürgermeistern gewählt wurden. Die Verfassung und kommunale Gesetzgebung garantierten die Gleichheit aller Bürger. Sie schrieben zwar nicht vor, dass das Amt des Bürgermeisters katholische Polen vorbehalten war, allerdings legten sie fest, dass ein Dorfvorsteher ein Katholik sein musste.¹³¹ Nach

127 Puławski, *Stosunki polsko-żydowskie w Chełmie*, S. 117.

128 Ebenda, S. 119–121.

129 Ebenda, S. 121–123.

130 Torsten Lorenz, *Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 2005, S. 41–42, 45–47, 67, 71–77, 97, 161, 237, 254–262, 273.

131 Wytrzązek, *Samorząd terytorialny*, S. 56.

einem Gesetz von 1933 über die Leitungskörper der Gemeindeverwaltungen musste ein Bürgermeister Pole sein, seine Konfession wurde jedoch nicht präzisiert. Dasselbe Gesetz schrieb aber auch vor, dass der durch den Stadtrat gewählte Bürgermeister durch eine Aufsichtsbehörde (*władza nadzorcza*) anerkannt werden musste. Diese Behörde war in einer Kreisstadt der Wojewode und in allen anderen Städten der Starost, die ein Veto gegen einen jüdischen Bürgermeister aussprechen konnten. Wahrscheinlich zogen die Stadträte es vor, keinen jüdischen Bürgermeister zu ernennen, weil sie wussten, dass der Wojewode bzw. Starost ihrer Entscheidung nicht zustimmen würde.¹³²

Weiterhin ist denkbar, dass jüdische Stadträte keinen jüdischen Kandidaten aufstellen wollten bzw. kein Jude sich um das Bürgermeisteramt bemühte, um die christlichen Polen nicht zu provozieren. Der erste Präsident der Zweiten Republik Gabriel Narutowicz wurde am 16. Dezember 1922 von dem Maler Eligiusz Niewiadomski ermordet, weil er in Kreisen polnischer Nationalisten als Jude wahrgenommen wurde.¹³³ Zu einer ähnlichen Überzeugung gelangte der Historiker Marcin Urynowicz, der die Kozienicer Stadtverwaltung untersuchte. Er schrieb, dass „es eine ungeschriebene Abmachung zwischen polnischen und jüdischen Stadträten bezüglich der Frage gab, welche Posten Juden bekleiden konnten und welche für Polen reserviert waren.“¹³⁴

Die politische Situation in Chmielnik bestätigt diese Hypothese. Obwohl Chmielnik zu 75 Prozent von Juden bewohnt war und dort viele aktive jüdische Kommunalpolitiker lebten, hatte die Stadt in der Zwischenkriegszeit keinen jüdischen Bürgermeister oder Vizebürgermeister. Zwar waren 1921 18 von 21 Stadträten Juden, aber zum Bürgermeister wurde trotzdem der polnische Bauer Sylwester Zychowicz und Waław Ścisław zu seinem Vertreter gewählt. Alle drei Beisitzerposten waren mit Juden besetzt. 1928 wurden zu den Wahlen 9.048 Personen zugelassen, 2.276 von ihnen waren Polen und 7.129 Juden. Bei diesen Wahlen wurden 18 Juden und 4 Polen in den Stadtrat gewählt. Erneut wurde das Amt des Bürgermeisters und seines Vertreters mit Polen und die Stellen der Beisitzer mit Juden besetzt. Zum Bürgermeister wurde Zygmunt Barański und zu seinem Vertreter Bolesław Łudczak ernannt. Die drei jüdischen Beisitzer waren Gustaw Dadler, Jakub Moszek Frydman und Josek Rozenbaum. Auch 1938 ernannte der von Juden dominierte Stadtrat keinen jüdischen Bürgermeister oder Vizebürgermeister.¹³⁵

132 Ustawa z dnia 23 marca 1933 r. o częściowej zmianie ustroju samorządu terytorialnego, in: *Dziennik Ustaw* Poz. 294, Art. 49 (3), 1933, S. 705–706.

133 Paul Brykczynski, *Primed for Violence. Murder, Antisemitism, and Democratic Politics in Interwar Poland*, Madison Wisconsin 2016, S. 41–60, 83–105.

134 Urynowicz, *Żydzi w samorządzie miasta*, S. 59.

135 Maciągowski, *Spółeczność żydowska w Chmielniku w XIX i XX wieku*, S. 179–183.

Nur in wenigen Städten wurde das Amt des Vizebürgermeisters mit einem jüdischen Kandidaten besetzt. So war es unter anderem in Działoszyce, wo Juden über 80 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten. Das Amt des Vizebürgermeisters bekleidete dort zuerst Icek Rubin und anschließend Pejsach Sternberg.¹³⁶ In Wolbrom, wo der jüdische Bevölkerungsanteil bei 60 Prozent lag und Juden 13 von 24 Sitze im Stadtrat hatten, vertrat den polnischen Bürgermeister der Jude Henryk Rozenbaum.¹³⁷ In Radomyśl Wielki, das ebenso fast zu 60 Prozent von Juden bewohnt war, wurde das Amt des Bürgermeisters abwechselnd durch die Polen Józef Kalita und Roman Sypek und das Amt des Vizebürgermeisters durch die Juden Jakub Pelc und Jeremiasz Leibowicz bekleidet. Zweiterer wurde 1940 zum Vorsitzenden des Judenrats ernannt.¹³⁸ Die meisten Städte mit jüdischen Vizebürgermeistern lagen im ehemaligen Galizien, wo die Tradition des jüdischen Vizebürgermeisters noch in der Zwischenkriegszeit präsent war und wo vor 1914 jüdische Bürgermeister amtiert hatten.¹³⁹

Ungeachtet der weit verbreiteten Praxis, dass Juden selbst in Städten mit überwiegend jüdischer Bevölkerung nicht zu Bürgermeistern gewählt wurden, amtierten in der Zweiten Republik dennoch einige wenige jüdische Bürgermeister. Das Wissen über sie stammt hauptsächlich aus der antisemitischen Presse, die jüdische Bürgermeister und Vizebürgermeister auflistete, um Panik zu verbreiten. Da sie den Begriff „Jude“ inflationär benutzte, sind ihre Angaben nicht ganz zuverlässig. Die meisten dort aufgelisteten Personen waren Vizebürgermeister und lebten in den multikulturellen ostpolnischen Städten. Dennoch finden sich auf den Listen vereinzelt auch Kommunalpolitiker, die in Zentralpolen das Amt des Bürgermeisters bekleideten. So zum Beispiel Dawid Jakobi, der vom 1. Februar 1931 bis Ende Juli 1936 Bürgermeister von Wysokie Mazowieckie war.¹⁴⁰

In Lemberg, wo nach Warschau und Łódź die drittgrößte jüdische Gemeinde Polens lebte, wirkte zwar kein Jüdischer Stadtpräsident wie in Krakau, aber von 1930 bis 1939 hatte die Stadt mit Wiktor Chajes einen jüdischen Vizepräsidenten. Chajes war wie der Bürgermeister von Krakau, Mieczysław Kaplicki, ein assimiliertester Jude und ein polnischer Patriot. Obwohl Chajes das Oberhaupt des Lemberger Kahals und der Präsident der Lemberger Loge des B'nai B'rith war, unterstell-

136 Dariusz Libionka, Powiat Miechowski, in: Barbara Engelking / Jan Grabowski (Hrsg.), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej polski*, Bd. 2, Warszawa 2018, S. 31.

137 Libionka, Powiat Miechowski, S. 27, 32.

138 Tomasz Frydel, Powiat Dębicki, in: Barbara Engelking / Jan Grabowski (Hrsg.), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej polski*, Bd. 2, Warszawa 2018, S. 372, 374.

139 Wierzbieniec, Lwów, Przemyśl, Rzeszów, S. 255–256.

140 Lista żydów burmistrzów i wiceburmistrzów miast Polski, in: *Dziennik Bydgoski*, 13.11.1938, S. 3.

ten ihm die Zionisten, dass er keine jüdischen Interessen in der Selbstverwaltung vertrat. Außer einem Vizepräsidenten hatte Lemberg mehrere prominente jüdische Räte wie Stefan Tobiasz Aszkenaze, Józef Parnas, Henryk Lowenherz und Adolf Finkelstein.¹⁴¹

Eine wichtige Rolle in der Stadtverwaltung, zumindest bis zur Mitte der 1930er Jahre, spielten Juden in der Stadt Rzeszów, die 1921 zu 53,5 Prozent von Polen, 45,5 Prozent von Juden und zu knapp einem Prozent von Ukrainern bewohnt war. Wilhelm Hochfeld bekleidete dort von 1905 bis zu seinem Tod 1932 das Amt des Vizebürgermeisters. Danach wurde kein Jude mehr auf diesen Posten erhoben und Juden waren nur noch im Stadtrat vertreten. Als Räte verurteilten sie antisemitische Ausschreitungen und protestierten dagegen, dass die Stadtverwaltung kommunale Aufträge nur an polnischen Firmen vergab.¹⁴²

Ein zionistischer Vizebürgermeister, Henryk Reichman, amtierte von 1928 bis 1934 in Przemyśl, das vor 1914 ebenfalls in Galizien gelegen hatte. 1931 machten Polen dort 49 Prozent der Einwohner aus, Juden 33 Prozent und Ukrainer 16 Prozent. Während Reichmans Amtsperiode wurden jüdische Organisationen deutlich besser finanziert als danach. Es waren regierungstreue polnische, jüdische und ukrainische Kommunalpolitiker, welche Reichman den Posten des Vizebürgermeisters garantierten. Ähnliche Koalitionen entstanden 1927–1928 auch in Drohobycz, Jarosław, Kołomyja und Stanisławów, die eine ähnliche Bevölkerungszusammensetzung wie Przemyśl hatten. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurde der Przemyśler Stadtrat jedoch von antisemitischen Kommunalpolitikern dominiert, die sich bei den Sitzungen auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ beriefen und darüber debattierten, wie die Juden am besten nach Madagaskar vertrieben werden könnten.¹⁴³

In Tschenstochau, einer mittelgroßen Stadt nicht weit der deutsch-polnischen Grenze, in der das öffentliche Leben aufgrund des Klosters Jasna Góra durch die katholische Kirche bestimmt wurde, machten Juden 20 Prozent der Stadtbevölkerung aus, was ziemlich genau mit dem prozentualen Anteil jüdischer Vertreter im Stadtrat übereinstimmte.¹⁴⁴ Für die Wahlen zum Tschenstochauer Stadtrat 1927 traten sechs jüdische Parteien bzw. Bündnisse an. Unter ihnen waren die Arbeiterpartei Bund, die zionistisch-sozialistische Partei Poalej Syjon und die parteilose jüdische Intelligenz. Für dieselben Wahlen stellten polnisch-christliche Lokalpoliti-

141 Wierzbieniec, Lwów, Przemyśl, Rzeszów, S. 261–263.

142 Ebenda, S. 267–269.

143 Ebenda, S. 264–267, 271; Waclaw Wierzbieniec, *Spółeczność żydowska Przemyśla w latach 1918–1939*, Rzeszów 1996, S. 168–169.

144 1921 lebten in Tschenstochau 80.939 Personen, davon waren 22.663 Juden. 1931; 117.179, davon 25.588 Juden und 1939 138.000, davon 28.456 Juden.

ker sieben Parteien auf. Bei den Wahlen wurden zehn jüdische Räte gewählt, was 21 Prozent der Sitze im Stadtrat ausmachte. Obwohl auch jüdische Kommunalpolitikerinnen kandidierten, wurden ausschließlich Männer gewählt. Jüdische Abgeordnete verurteilten im Stadtrat nicht nur Antisemitismus, sondern beteiligten sich konstruktiv an allen Debatten und Projekten, die die Verlegung der Kanalisation, kulturelle Angelegenheiten oder die Höhe von Renten betrafen.¹⁴⁵ In den Stadtratswahlen von 1934, die in Tschenschow von dem Konflikt zwischen der Endecja und Sanacja überschattet wurden, erhielten jüdische Kandidaten acht Sitze.¹⁴⁶ In den letzten Wahlen vor dem Zweiten Weltkrieg, die im Mai 1939 stattfanden und von den Nationaldemokraten gewonnen wurden, konnten jüdische Kandidaten 10 Plätze belegen. Die Mehrheit der Nationaldemokraten im Stadtrat sorgte dafür, dass jüdischen Organisationen und Vereinen Gelder gekürzt wurden und dass sich die politischen Diskussionen deutlich verschärften.¹⁴⁷

Die Stadtratswahlen in polnischen Städten und die Politik der Magistrate gingen an der jüdischen Öffentlichkeit nicht vorbei. Das *Lubliner Tugblat* berichtete über die Aktivitäten der Stadtverwaltung und die Mitwirkung jüdischer Stadträte ebenso enthusiastisch wie über den Betrieb der jüdischen Gemeinde. Die Zeitung veröffentlichte detaillierte Berichte über die Sitzungen des Stadtrates, analysierte die Inhalte bestimmter Debatten und erklärte ihren Leser und Leserinnen die Beziehungen zwischen den einzelnen Gruppierungen. Besonders ausführlich berichtete die Zeitung über diejenigen Entscheidungen des Stadtrates, die sich auf das Leben der jüdischen Stadtbevölkerung auswirkten. Der Ton der Berichterstattung änderte sich Mitte der 1930er Jahre, als die Kommunalpolitik in Lublin die Interessen der jüdischen Stadtbevölkerung zu ignorieren begann. Während das *Lubliner Tugblat* über den Stadtpräsidenten Józef Piechota (1890–1936) überwiegend positiv berichtete, trugen Berichte über seinen Nachfolger, Bolesław Liszkowski (1889–1978), der den Lubliner Magistrat vom Februar 1937 bis September 1939 leitete, einen deutlich kühlen und distanzierten Unterton. Als Untertitel eines Interviews mit Liszkowski wählte die Zeitung beispielsweise dessen Aussage: „Ich bin vor allem ein Pole und kein Philosemit.“¹⁴⁸

145 Magdalena Mizgalska-Osowiecka, *Żydzi w samorządzie miasta Częstochowy w latach 1927–1939*, Warszawa 2017, S. 58–59, 66–68, 78–79.

146 Ebenda, S. 87–89, 90, 93–94.

147 Ebenda, S. 118–120.

148 Adam Kopciowski, *Wos hert zich in der prowinc? Prasa żydowska na Lubelszczyźnie i jej największy dziennik „Lubliner Tugblat“*, Lublin 2015, S. 346–351.

Kommunale Herausforderungen

Die „Entjudung“ der polnischen Städte wurde von einem Teil der Bürgermeister und Kommunalpolitiker auf unterschiedliche Weise unterstützt und in unterschiedlichem Umfang als ein akutes oder zentrales Problem verstanden. Abgesehen von antisemitischen Ideen hatten polnische Gemeinden jedoch viele andere, reale Probleme, deren Erledigung drängte und die zu den Aufgaben der Kommunalverwaltung gehörten. Die Dimension der kommunaladministrativen Herausforderung hing davon ab, wie groß die jeweilige Stadt war, in welchem Imperium sie bis 1914 gelegen hatte, wie stark die Urbanisierung vorangeschritten war und von wem die Stadt bewohnt wurde bzw. wie sich die Bevölkerungszusammensetzung gestaltete. 1939 gab es in Polen insgesamt 603 Orte, die das Stadtrecht besaßen. In den meisten von ihnen lebten weniger als 20.000 Personen. Insgesamt lebte nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung Polens in Städten. Trotzdem war das Leben der Zweiten Republik von Großstädten wie Warschau, Łódź, Posen, Krakau, Vilnius oder Lemberg geprägt.¹⁴⁹

Da viele polnische Städte vor allem im ehemaligen Kongresspolen eine schlechte urbane Infrastruktur hatten und oft weder kanalisiert waren noch über eine genügende Elektrizitätsversorgung oder eine Stadtreinigung verfügten, standen Bürgermeister und Stadtverwaltungen vor großen kommunalen Herausforderungen. Diese ließen sich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht immer leicht bewältigen. Lublin, das 1931 mit 112.000 Einwohnern die neuntgrößte Stadt Polens war, verfügte nach dem Ersten Weltkrieg nur über ein privates Wasserwerk, das 1899 von Adolf Weisblat gegründet worden war. Dieses versorgte nur Häuser in den Hauptstraßen des Stadtzentrums mit Wasser. Der Stadtverwaltung gelang es erst 1929, das Wasserwerk zu kaufen. Dank eines Kredits und der Unterstützung ausländischer Firmen konnten die Wasserleitungen ausgebaut und modernisiert werden. Trotz dieser umfangreichen Modernisierung konnten bis 1938 nur 31.000 Lubliner (26 Prozent der Stadtbevölkerung) mit Leitungswasser versorgt werden.¹⁵⁰

Nicht besser sah es in Lublin und vielen anderen Städten mit der Stromversorgung aus. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeiteten in Lublin 23 kleine, private Stromwerke, die nur einen Bruchteil der Häuser mit teurem Strom versorgten. Erst 1928 gelang es dem Bürgermeister ein modernes Kraftwerk zu bauen, das sowohl die Haushalte mit Strom versorgte als auch die Beleuchtung der Straßen mit Laternen ermöglichte. Der Strom in Lublin war jedoch zweimal so teuer wie in

149 Jerzy Tomaszewski / Zbigniew Landau, *Polska w Europie i Świecie, 1918–1939*, Warszawa 2005, S. 40–54.

150 Józef Marczuk, *Rada Miejska i Magistrat Lublina 1919–1939*, Lublin 1964, S. 144–153.

Warschau, weshalb der Verbrauch pro Einwohner nur die Hälfte des Verbrauchs in Warschau ausmachte.¹⁵¹ In vielen kleinen Städten Polens bestanden noch größere infrastrukturelle Probleme als in Lublin, weil sie teilweise gar keine Wasserleitungssysteme hatten und bis zum Zweiten Weltkrieg nur einen Teil der Einwohner bzw. bestimmte Stadtteile mit Leitungswasser oder Strom versorgen konnten.¹⁵²

Eine der wichtigsten Herausforderungen der Stadtverwaltungen stellte die Sozialfürsorge dar, zumal die Armut in polnischen Städten vor allem nach dem Ersten Weltkrieg groß war und seit der Weltwirtschaftskrise erneut zunahm. Ein Gesetz von 1841, das im Königreich Polen galt und die Unterstützung bedürftiger Christen zur Aufgabe der Stadtverwaltung und die bedürftiger Juden zur Aufgabe der jüdischen Gemeinde erklärte, wurde 1919 aufgehoben.¹⁵³ Ein weiteres Gesetz vom 16. August 1923 machte die Sozialfürsorge zur Pflicht der Kommunalverwaltung.¹⁵⁴ Dieser Aufgabe gingen die von Christen dominierten Stadtverwaltungen jedoch nicht überall unvoreingenommen nach, weil sie davon ausgingen, dass sich Juden in einer besseren finanziellen Situation als Polen befanden und dass sich die jüdischen Religionsgemeinden um deren sozialen Bedürfnisse kümmerten.¹⁵⁵

Darüber hinaus litten die Kommunalverwaltungen an einem weiteren Problem, dass als undemokratische Mentalität der Beamten charakterisiert werden kann. Diese fiel unter anderem dem aufmerksamen Beobachter und späteren Nobelpreisträger Czesław Miłosz auf. Miłosz schrieb, dass das Verhältnis der Beamten zu den Bürgern ihn an jenes der Adligen zu ihren Untertanen erinnerte. Die Beamten fühlten sich nicht in die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger ein und kamen ihnen nicht entgegen. Oft waren sie dazu noch rücksichtslos und hatten vorrangig ihre eigenen Interessen im Blick. Besonders scharf kritisierte Miłosz Finanzbeamten, die in Warschau und anderen Städten ein paar Jahre später, während der deutschen Besatzung, in den Ghettos rücksichtslos unbezahlte Steuern einforderten.¹⁵⁶

151 Marczuk, Rada Miejska, S. 160–164.

152 Siehe z. B. Wolańczyk, Prezydenci Kielc 1919–1950, S. 14–254; Browning, *Remembering Survival*, S. 15.

153 Kozińska-Witt, Jüdische Stadtdeputierte, S. 201–211, 214.

154 Ebenda, S. 218.

155 Ebenda, S. 222.

156 Czesław Miłosz, *Wyprawa w Dwudziestolecie*, Kraków 1999, S. 395.

Selbstgleichschaltung im Nationalsozialistischen Deutschland

Die NSDAP etablierte in Deutschland ein neues politisches System und veränderte die Verwaltung und alle anderen Bereiche des öffentlichen Lebens grundlegend. Dieser Umstand ist für diese Studie deshalb wichtig, weil das GG eine Kolonie des Deutschen Reiches war und die Verwaltungsrichtlinien des Deutschen Reiches dort zur Anwendung kamen. Wichtig ist dabei hervorzuheben, dass die nationalsozialistische Revolution sich 1933 nicht nur von oben, sondern auch von unten ereignete. Nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 schuf Hitler die Demokratie der Weimarer Republik ab und etablierte allmählich eine faschistische Diktatur. Dieser Prozess fand sowohl auf der höchsten Ebene in Berlin als auch auf den unteren Ebenen in den Kommunen statt. Die Verwaltung wurde auf allen Ebenen systematisch gleichgeschaltet und umgebaut. Das Prinzip: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“ wurde abgeschafft, weil jeder Beamte nur gegenüber der Partei loyal sein und dem Führer entgegenarbeiten sollte. Alle Beamten mussten einen Eid auf Hitler leisten. Juden und Mitglieder der KPD, SPD sowie andere Opponenten des neuen Regimes wurden aus der Verwaltung entlassen. Laut dem deutschen Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 musste auch der Ehepartner eines Beamten für zumindest zwei Generationen „arisch“ sein.¹⁵⁷

Die Nationalsozialisten bauten den Staat auf allen Ebenen um. Sie führten neue Ministerien wie das von Joseph Goebbels geleitete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ein, entmachteten das Parlament und bauten den Polizeiapparat aus, um die Verwaltung und andere Bereiche des öffentlichen Lebens zu kontrollieren. Als besonders effizient erwies sich dabei die Sipo. Auf den Kommunalebene wurden Ämter und Behörden entweder abgeschafft, umgebaut oder mit NSDAP-Mitgliedern besetzt, um die nationalsozialistische Macht dort zu festigen. Dies wirkte sich auch auf die gewählten Stadträte aus, die den Bürgermeister bzw. Oberbürgermeistern zu einer Alleinherrschaft im Wege standen. Bereits 1933 wurde ein Teil der Stadtabgeordneten, die gegen die NSDAP standen, entlassen. Mit dem „Gesetz über die vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin“ wurde die Stadtverordnetenversammlung in der deutschen Hauptstadt Ende September 1933 aufgelöst.¹⁵⁸

Die am 30. Januar 1935 eingeführte Deutsche Gemeindeordnung schuf zwar den Stadtrat formal nicht ab, setzte ihn aber faktisch außer Kraft. Er wurde zu einem Beratungsgremium reduziert, das keine Beschlüsse verabschieden durfte und

¹⁵⁷ Edward Jędrzejewski, *Hitlerowska koncepcja administracji państwowej*, Wrocław 1974, S. 87–113.

¹⁵⁸ Christoph Kreuzmüller, *Verfassung und Verwaltung der Hauptstadt*, in: Christoph Kreuzmüller / Michael Wildt (Hrsg.), *Berlin 1933–1945*, München 2013, S. 60.

keine legislative Macht ausüben konnte. Seine Mitglieder wurden gewöhnlich „Ratsherren“ oder „Gemeinderäte“ genannt und wurden von einem Parteibeauftragten oder Gauleiter ernannt. Die Bürgermeister konnten vollkommen unabhängig vom Stadtrat agieren und mussten sich nur der NSDAP unterordnen.¹⁵⁹ Gleichzeitig wurden auf kommunaler Ebene neue Behörden geschaffen. Die Stadtverwaltung Hannover gründete 1935 ein Gesundheitsamt, in dem die eigens geschaffene Abteilung Erb- und Rassenpflege die neue Erb- und Rassengesetzgebung in der Gemeinde umsetzen sollte.¹⁶⁰

Bei der Machtübernahme stießen die Nationalsozialisten seitens der Mehrheit der Beamten auf keinen Widerstand.¹⁶¹ Wie viele von ihnen „dank ihrer eigenen Kapitulation auf ihrem Posten“ blieben, ist unbekannt.¹⁶² Auf der einen Seite besetzten die Nationalsozialisten wichtige Positionen in den Kommunalämtern und tauschten unbequeme und unangepasste Personen aus. Auf der anderen Seite ließen sie den kommunalen Politikern genug Freiraum, damit sie Eigeninitiative zeigen und im Sinne der Partei handeln konnten. Besonders deutlich wurde dies bei der Verfolgung von Juden und anderen Staatsfeinden.¹⁶³

Nach den ersten Entlassungen fehlte es in den Städten an kompetenten Fachkräften. Diese konnten durch brüllende und gewalttätige Männer in braunen Uniformen nur bedingt ersetzt werden. Aus diesem Grund befahl Göring bereits im Mai 1933, nur noch ausnahmsweise weitere Entlassungen vorzunehmen.¹⁶⁴ Die Entlassung „feindlicher“ Beamten war jedoch grundsätzlich eine zentrale Maßnahme des neuen Regimes. In dem von Wilhelm Kube herausgegebenen *Almanach der nationalsozialistischen Revolution*, veröffentlichte der Staatskommissar von Berlin Julius Lippert das Kapitel „Die Reinigung der Stadtverwaltung“. Darin schilderte er die Unentbehrlichkeit der Schaffung einer nationalsozialistischen Kommunalbeamtenschaft.¹⁶⁵

159 Die Namen neuer Organe und Gremien als auch Bezeichnungen für neue Stadträte wichen von Stadt zu Stadt ab. Auch war die Prozedur ihrer Ernennung nicht einheitlich. In Augsburg wurden die Ratsherren vom Kreisleiter der NSDAP in Absprache mit dem Oberbürgermeister ernannt. Vgl. Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik*, S. 52–53, 61; Bettina Tüffers, *Politik und Führungspersonal der Stadtverwaltung Frankfurt am Main. Die personelle Zusammensetzung des Magistrats*, in: Mecking / Wirsching (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus*, S. 53–58.

160 Fleiter, *Stadtverwaltung im Dritten Reich*, S. 57–121.

161 Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, S. 18.

162 David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln 1968, S. 288.

163 Gruner, *Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen*, S. 75–126.

164 Kreuzmüller, *Verfassung und Verwaltung der Hauptstadt*, S. 62.

165 Julius Lippert, *Die Reinigung der Kommunalverwaltung*, in: Wilhelm Kube (Hrsg.), *Almanach der nationalsozialistischen Revolution*, Berlin 1934, S. 203–208.

Der Historiker Wolf Gruner zeigte in seinen Studien, dass zwischen den oberen und unteren Verwaltungsebenen eine wechselseitige Dynamik entstand und dass beide sich gegenseitig radikalisierten. Ohne die unteren Ebenen hätten die Nationalsozialisten ihre Ziele nicht umfangreich und flächendeckend umsetzen können, weil die Führungsspitze ihre Befehle nicht selbst auf den lokalen Ebenen umsetzen konnte. Die Initiativen, die Macht zu übernehmen und den Staat gleichzuschalten oder Juden und andere Feinde zu verfolgen, kamen sowohl von oben als auch von unten. Als Hitler und andere führende Nationalsozialisten die Macht in Berlin übernahmen, machten Kommunalbeamte, die Hitler unterstützten und ihm folgten, das gleiche in ihren Gemeinden.¹⁶⁶

Jürgen Klöckler, der die Konstanzer Stadtverwaltung untersuchte, nannte den Prozess der Machtübernahme auf der Kommunalebene „Selbstgleichschaltung“, weil sie grundsätzlich von unten ausging und eigene Dynamiken entfaltete. Durch die Machtübernahme in Berlin entstanden neue Möglichkeiten in den Gemeinden. Durch Anpassung bzw. Selbstgleichschaltung konnten Kommunalbeamte mehr Macht erlangen als in der Republik.¹⁶⁷ Aus diesem Transformationsprozess entstanden auf der Lokalebene unzählige neue Konstellationen und Dynamiken der Machtübernahme und Machtverfestigung. Dieser Prozess trug zur Polykratie des NS-Staates maßgeblich bei. Auf den unteren Ebenen musste der Nationalsozialismus in jedem Ort an die Spezifika der Gemeinde angepasst werden, was nur dank der Mitarbeit der Kommunalpolitiker erreicht werden konnte.¹⁶⁸

Ungeachtet dessen sollte jedoch betont werden, dass die Nationalsozialisten – ähnlich wie die Sanacja in Polen – die Verwaltung zentralisierten, damit sie im faschistischen bzw. diktatorischen Sinne effizienter regieren konnten. Den Bürgermeistern wie auch anderen Leitern innerhalb des Verwaltungsapparats fiel dabei eine besondere Rolle zu, weil die Zentralisierung unter Anwendung des Führerprinzips erfolgte. Aufgrund dessen wurden den Bürgermeistern besondere Rechte eingeräumt. Deshalb sollten die Stadtverwaltungsbeamten nicht nur dem Führer, sondern auch ihrem Bürgermeister zuarbeiten. Da Bürgermeister an der Spitze der Gemeinden standen, mussten sie ihre Städte ähnlich wie Hitler Deutschland führen und gleichzeitig auch den Willen des Führers in seinen Ämtern umsetzen.¹⁶⁹

Die Nationalsozialisten räumten den Bürgermeistern noch mehr Macht ein als die Sanacja in Polen, die zwar eine autoritäre, aber keine faschistische Bewegung

166 Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, S. 75–126. Siehe auch ders. Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung.

167 Klöckler, Selbstbehauptung durch Selbstgleichschaltung.

168 Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 247.

169 Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 139–147.

war. Nur das OZN kam den Nationalsozialisten ideologisch nah. Grundsätzlich existieren in Deutschland jedoch zumindest in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft zwei Typen des Ortsvorstehers. Der erste gehörte der NSDAP und manchmal auch der SA oder SS an. Er trug Parteiuniform und repräsentierte dadurch auch visuell den Führer Adolf Hitler vor Ort. Gleichzeitig war der Ortsvorsteher selbst der Führer der Gemeinde. Der zweite Typ war kein Parteimitglied, sondern in der Regel ein konservativer Politiker wie zum Beispiel Arthur Menge, der bis 1937 der Oberbürgermeister von Hannover war. Er symbolisierte die Kontinuität. Im Amt konnte dieser Bürgermeistertypus nur dann bleiben, wenn er sich systemkonform verhielt und keine Kritik am Regime übte. Wichtiger noch als die Zugehörigkeit zur Partei war die Zugehörigkeit zur SA oder SS, weil durch das Tragen der Uniform der Führertypus noch mehr zur Geltung kam. Etwa die Hälfte aller deutschen Bürgermeister trat bereits vor Ende 1933 der NSDAP bei. Diese Entwicklung zeigt, wie verbreitet die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System der Weimarer Republik unter lokalen Politikern war.¹⁷⁰

170 Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 249–257, 275.